Achtung böse

Bitte nichts ins Wasser werfen!

21. September 1995

Nr. 344

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Vorwort:

Zum AIZ-Papier: Wir haben heftige Kritik an der Unkontrollierbarkeit der Auswirkungen ihrer Aktionsform, d.h. der Ungenauigkeit der "potentiell tödlichen Bedrohung". Weiter halten wir das Konzept der Einschüchterung der nationalen Elite über solche Aktionen für weitgehend wirkungslos. Mag aber sein, daß die AIZ vor allem die Veröffentlichung ihrer inhaltlichen Papiere erreichen wollen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das Papier der Gruppe Barbara Kistler in Nr. 327.

Wie bei der Marokko-Recherche der AIZ zum Angriff auf Volkmar Köhler (deutsch-marok. Freundsch. Ges.), so mag auch das jetzige AIZ-Papier erhellendes zur deutschen Militärpolitik, zu den Hintergründen des Bosnienkrieges bzw. den imperialistischen Bestrebungen gegen die (vor allem fundamental-islamischen) Entwicklungen der südlichen und nahostlichen Anreinerstaaten der EU beitragen. In Nordafrika und im Nahen Osten haben Jahrzehnte (neo)kolonialistischer und kulturimperialistischer Ausbeutung im Zeichen des IWF und der westlichen Vorstellungen von "Fortschritt", "Demokratie" und Wertsystem mit Brachialgewalt sowohl die "kulturelle Identität" zerstört, als auch zu einer Massenverelendung geführt. Daher ist es nicht verwunderlich, daß sich ein fundamentalistischer Arm des Islam, ähnlich der Situation '77 im Iran, als Integrationsmoment für die verelendeten Massen anbietet. Angesichts der globalen Machtverhältnisse hat ihnen die "westliche Modernität" weder gesellschaftlichen Reichtum, noch eigene Würde zu bieten. Fraglich bleibt jedoch, ob wir in einem "gemeinsamen antiimperialistischen Kampf" mehr gemeinsam haben als den Gegner. Unsere emanzipatorischen linken Inhalte haben jedenfalls gar nichts mit dem Terror der GIA gegen algerische Feministinnen oder linke Intelektuelle zu tun. Selbst wenn hier einer "islamischen Gesellschaft", die es so in ihrer vielfältigen Ausprägung gar nicht gibt, nicht perse emanzipatorische Aspekte abgesprochen werden sollen, scheint uns die AIZ-Widerstandslinie "mit unseren islamischen Brüdern und Schwestern" ein völlig undifferenziertes Zwangskonstrukt zu sein.

"Wir müssen antiimperialistische Bewegungen und Organisationen an ihren emanzipatorischen Inhalten messen, um unseren Kampf auch mit ihrem in einen Kampf um weltweite Befreiung zu vereinen. Nur so kann internationale Solidarität praktisch werden." (Gruppe Barbara Kistler in ihrem Diskussionspapier zur AIZ, Interim 327)

Am 28.9. wird wieder eine SchülerInnen-Demo gegen die französischen Atomtests und Atomkraftnutzung generell stattfinden.
Kommt alle zum EX-Lauti ab fünf vor zwölf auf dem Alex!
Die Demo geht über das Französische Konsulat zum Maison de France am Ku'damm.

Inhalt:

Ordner:

Presseerklärung des Bundesverbandes Freier Radios
Charta des Landesverbandes Freier Radios
Freiheit für Tawfik Ben Ahmed Chaovali

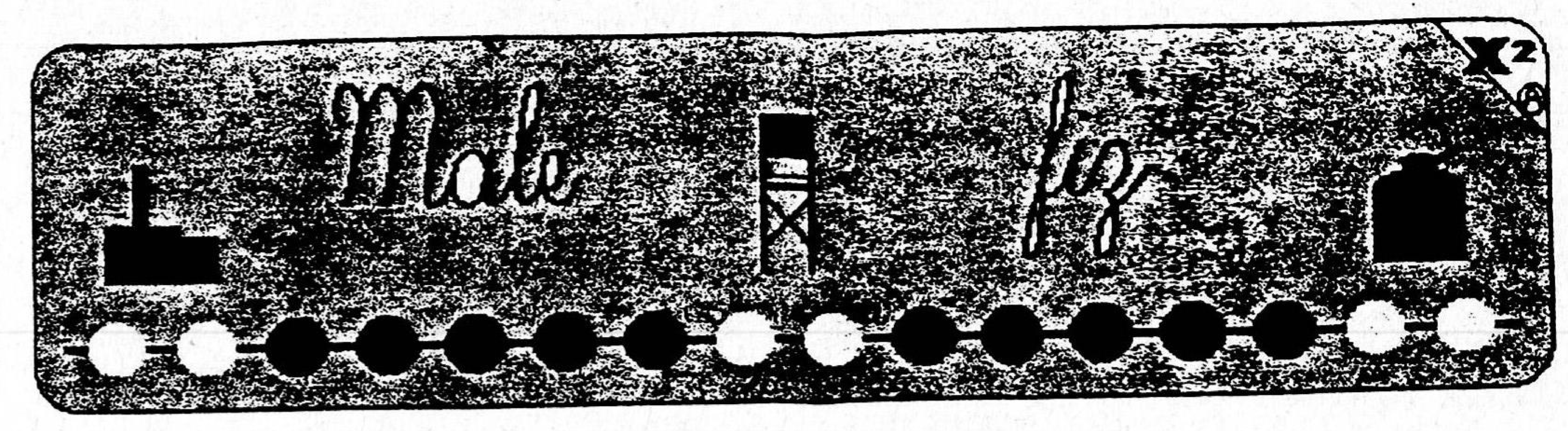
Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Spielregeln:

1. Zug:
23.9., ab 10:00 Uhr
Blockade des AKW Krümmel

Das AKW Krümmel ist seit Anfang September in Revision, d.h. abgeschaltet, und so soll es auch bleiben. Ziel des ersten Zuges ist es durch vielfälltige und fantasievolle Aktionen das Tor des AKW Krümmel den ganzen Tag über verschlossen zu halten,um den Fortgang der Revisionsarbeiten zu verhindern.

Kontakt:040 / 390 92 22

2. Zug:
24.9., ab 11:53 Uhr
Aktionen rund ums "Endlager" in Gorleben

Der erste CASTOR steht in Gorleben, ein weiterer soll demnächst folgen. Doch auch an der PKA und dem "Endlager" wird weitergebastelt, obwohl klar ist: "Der Salzstock ist im Eimer - Atomkraft ist im Eimer". Also, bringt Farbe, Eimer, Wäscheleinen, viel Salz und Tatkraft mit - dann geht´s rund!

Kontakt:05841 / 46 84*

3. Zug:
25.9., ab 8:00 Uhr
Blockade des AKW Brokdorf

Erneut soll hochradioaktiver Atommüll das AKW Brokdorf verlassen und quer durch Mitteleuropa verfrachtet werden. Diesmal sollen zwei CASTOR-Behälter zur WAA LaHague gebracht werden. Dies gilt es mit dem 3. Zug zu verhindern. Es beginnt um 8:00 Uhr vor dem Haupttor des AKW Brokdorf. Es gibt zwei Strassentransporte, einen Verladekran (am AKW Brunsbüttel) und einen Schienentransport!!

Kontakt:04852 / 37 61**

Malefiz ist ein Spiel für jung und alt (von 6 bis Ini60), alle können mitspielen. Es ist jederzeit möglich aus- und wieder oder neu einzusteigen. Zwischen den einzelnen Zügen gibt es Übernachtungsmöglichkeiten im Wendland oder bei Brokdorf. (Kontakt:*,**)

MACHT ALLE MIT

entweder wir gewinnen, oder es verlieren alle



KNAPP DANEBEN IST AUCH VORBEI

Erklärung des K.O.M.I.T.E.E. zur gescheiterten Grünau-Aktion

Nach dem Scheitern des Angriffs auf den im Bau befindlichen Abschiebeknast Berlin-Grünau am Morgen des 11.04.95 war es keineswegs sicher, ob wir uns jemals wieder zu Wort melden würden. Vieles sprach dagegen angesichts mehrerer konkret Beschuldigter und völliger Unklarheit darüber, ob die BAW noch weitere Personen hineinziehen würde. Es erschien uns ratsam, uns mit einer Darstellung der Ereignisse zurückzuhalten, zumal wir nicht wußten, wie sich die Betroffenen in der Situation verhalten wollen.
Wir haben jetzt entschieden, daß mit einer Veröffentlichung nicht länger gewartet werden kann, da das Schweigen um die Aktion durch uns gebrochen werden muß, um den politischen Flurschaden so weit wie möglich zu begrenzen.
Wir werden auf eine genaue Erklärung dessen, was an diesem Abend passiert ist, aber verzichten und es den Betroffenen überlassen, sich dazu zu äußern, wenn sie es wollen. Wir denken nicht, daß jede und jeder alle Details kennen muß, um sich mit der Aktion und unserer Politik auseinanderzusetzen und sich zu den Beschuldigten solidarisch zu verhalten.
In diesem Text geht es darum, die schwerwiegenden Fehler, die uns unterlaufen sind, zu benennen und selbstkritisch zu reflektieren, gerade auch damit andere daraus lernen können.
Durch diese Fehler wurden Unbeteiligte mit unseren Aktionen in Zusammenhang gebracht.
Weiter ziehen wir Konsequenzen aus unserem Scheitern: wir werden unser Projekt "das K.O.M.I.T.E.E." beenden. Diesen Schritt auch öffentlich bekanntzugeben, leitet sich für uns aus der Bestimmung unseres Projektes und unserer Verantwortung gegenüber linksradikaler Politik ab.
Zu Beginn des Textes erklären wir unseren Schritt, warum wir das Projekt mit der Ausrichtung auf militante Angriffe gestartet haben und resümieren unsere bisherige Politik.

Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E.

Seit Ende der 80iger und noch verstärkt in den 90iger Jahren war und ist eine radikale Linke zu beobachten, deren politische Stärke und gesellschaftlicher Einfluß von Jahr zu Jahr mehr verloren ging und deren inhaltliche wie praktische Entwicklung sich immer mehr von radikalen Positionen entfernt hat. Solange es eine gemeinsame Stärke gab, auch auf militanter Ebene, hielten wir es nicht für unbedingt nötig, immer wieder unter demselben Namen in Erscheinung zu treten.
Als der kontinuierliche Diskussionsfaden durch die zu beobachtende Rückzugsbewegung der Linken abgerissen war und gemeinsam erarbeitete Handlungsgrundlagen sich aufzulösen begannen, kamen wir zu den Schluß, daß es nötig ist, sich als Gruppe in den Kontext einer kontinuierlichen und öffentlich nachvollziehbaren Politik zu stellen.
Wir sind davon ausgegangen, daß Beiträge und Interventionen von Gruppen, deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer größeren Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden als Veröffentlichungen von Gruppen ohne erkennbare Kontinuität. So hofften wir im Laufe der Zeit auf die Entwicklung der linken Scene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte zu setzen.
Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausrichtung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehleinschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw. wären nicht nur auf uns, sondern dadurch, daß wir auch Orientierung bieten wollten, evtl. auch auf die Linke im Allgemeinen zurückgefallen.

Warum militante Politik

Angesichts des Diskussionsstandes der radikalen Linken, ihrem häufigen Schweigen und Nichtverhalten, bedarf es einer Erklärung, warum wir uns in diesen bewegungsarmen Zeiten für militante Politik entschieden haben. Es ist heute oft das Argument zu hören, nach dem Niedergang der linksradikalen Bewegung hätte einfaches "Weitermachen" keinen Sinn mehr, wobei geflissentlich unterschlagen wird, daß revolutionäre Politik hier in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich immer nur eine Randposition innehatte und nie eine realistische Strategie zum Umsturz der Verhältnisse vorweisen konnte.
Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen. Radikale Kritik an der bestehenden Praxis von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung, die nicht alle Mittel von Widerstand sucht, nutzt und erfindet, muß früher oder später den Glauben an sich selbst verlieren. Um bei

unserem Beispiel zu bleiben: eine Linke, die zu recht behauptet, der Bau und Betrieb von Abschiebeknästen sei ein Verbrechen, aber nicht alle Möglichkeiten, den Bau zu verhindern, ernsthaft in Betracht zieht, schafft sich ihre Perspektivlosigkeit auch ein gutes Stück weit selbst, sie hat ihre Niederlage schon im eigenen Kopf erlitten. Unsere Methode, wäre sie erfolgreich gewesen, wäre gewiß nicht die einzige gewesen und vielleicht nicht mal die beste, aber allemal eine bessere als die Klage über die Aussichtslosigkeit linker Politik in einer sich nach rechts bewegenden Gesellschaft.
Wir denken, daß die Linke keine weitergehende Perspektive aus dem Gefühl der Hilflosigkeit und dem Verlust ihrer Handlungsmöglichkeiten entwickeln wird, aber sie könnte Kraft daraus schöpfen, auch mal in schlechteren Zeiten der ständigen Schere zwischen Denken und Handeln getrotzt zu haben. Wir wollten mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offenstehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen.
Auch wenn wir nicht sagen, daß im heutigen gesellschaftlichen Kontext militante Politik der einzig richtige Weg ist, sind wir der Meinung, daß es ein Fehler wäre, sämtliche Praxis auf Eis zu legen, solange wir auf der Suche nach der richtigen Strategie sind. Wir denken, daß eine Weiterentwicklung nur im Rahmen eines praktischen Prozesses von Reflexion und Tat stattfinden kann. Learning by doing. Und wenn irgendwann mal die Bedingungen günstiger sein werden, grundsätzliche Kritik am System gesellschaftlich breiter zu verankern, wird es verdammt wichtig sein, auf eine Geschichte verweisen zu können, wo wir auch in Zeiten von allgemeiner Anpassung an den Mainstream grundsätzliche Positionen nicht aufgegeben haben.
Nicht zuletzt hat radikale Politik für uns natürlich auch einen moralischen Aspekt: selbst wenn wir die endgültige Lösung auch nicht vorweisen können, wollen wir uns nicht damit abfinden, einfach nur zuzusehen und uns unser Plätzchen im Trockenen zu sichern.

Unsere Praxis

Inhaltlich wollten wir uns nicht auf eine bestimmtes Thema beschränken. Wir hatten an Aktionen überlegt zu verschiedenen Bereichen wie faschistische Organisierung, Faschisierung der Gesellschaft, sexistischer Rollback, Abbau des sozialen Netzes.
Als vorläufigen Schwerpunkt unserer Arbeit haben wir uns auf den Befreiungskampf des kurdischen Volkes bezogen. Wichtig war uns dabei, uns als deutsche linke Gruppierung dazu zu verhalten. Wir empfanden das weitgehende Nichtverhalten der radikalen Linken hier als eine Bankrotterklärung. Vielerseits mußte als Begründung dafür, die zum Teil berechtigte Kritik an der Politik der PKK herhalten. Kritik an der PKK stellt für uns aber keine Rechtfertigung für unsolidarisches Verhalten dar. In der Verstrickung des BRD-Staates, der wichtigster Kriegspartner der Türkei im Völkermord an den KurdInnen ist, sahen und sehen wir die besondere Verantwortung der deutschen Linken, ihre eigene Lethargie zu durchbrechen und sich den Bestrebungen der BRD offensiv entgegenzustellen.
Deutschland ist Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan - militärisch, ökonomisch, politisch - und weiter verläßlichster Partner der türkischen Militärs: als verlängerter Arm der Aufstandsbekämpfung gegen den kurdischen Widerstand in Europa.
Daran hat sich nichts verändert.
Mit einer Reihe von Angriffen auf mitverantwortliche Institutionen der BRD am Krieg in Kurdistan wollten wir das Thema in der Linken pushen.

Der erste Schlag: Bundeswehr in Bad Freienwalde

Als erstes Objekt unserer Kampagne haben wir am 27.10.94 ein Gebäude des Verteidigungskreiskommando 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde, Kreis Märkisch Oderland, mit einem Brandsatz zerstört. Damals schrieben wir dazu:
"Wir haben uns eine Einrichtung der Bundeswehr wegen deren Zusammenarbeit und aktiven Unterstützung der türkischen "Sicherheitskräfte", auch stellvertretend für die Innen- und Außenpolitik der BRD im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf, als Ziel gewählt."
In unserer Erklärung haben wir ausführlich die Zusammenarbeit des BRD-Staates mit dem Regime in der Türkei dargelegt. An dieser Stelle soll der Verweis darauf genügen. Des weiteren haben wir die Kriminalisierung der KurdInnen in der BRD als ein wesentliches Element dieser Kooperation benannt.
Potentiell hätte unser Angriff auch ein Auslöser dafür sein können, daß die Bundeswehr mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Die Entwicklung der deutschen Außenpolitik war wahrlich nicht schwer vorherzusehen. Spätestens nach dem Beginn des ersten deutschen Kampfeinsatzes seit Kriegsende auf dem Balkan

muß der deutschen Armee mehr Interesse entgegengebracht werden.

Insgesamt gesehen war unser erster Angriff eine symbolische Aktion, die aber im Kontext der Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und im Rahmen der Hetzkampagne gegen die PKK große Aufmerksamkeit durch die Presse erfuhr. Damit war ein Ziel, uns als deutsche Linke mit dem kurdischen Befreiungskampf in Bezug zu setzen, breit in die Öffentlichkeit getragen.

Auf dem Weg zum zweiten Schlag...

Der BRD-Staat wird seiner Aufgabe, den kurdischen Widerstand in der BRD gegen den Völkermord in Kurdistan zu brechen und mit Repressalien zu überziehen, weiterhin gerecht: Massenabschiebungen sind ein Garant des "inneren Friedens" und Kern imperialistischer Flüchtlingspolitik!
Die zynische, alle paar Wochen wiederkehrende, Debatte um die Aufhebung des Abschiebestopps für KurdInnen, anfänglich aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung noch auf sog. "Straftäter" beschränkt, die ihr "Gastrecht" in Deutschland mißbraucht hätten, wurde schnell als eine allgemeingültige, für alle anwendbare Angelegenheit betrachtet. Besonders hervorgetan bei der Durchsetzung dieser Linie haben sich die Minister Kanther (Bund), Beckstein (Bayern, Bunzlauerstr.23, 90473Nürnberg), Eggert (Sachsen, mittlerweile abgesetzt) und Heckelmann (Berlin). Abschiebung in Elend, Folter und Tod als drohendes Damoklesschwert für KurdInnen sollen hier die Friedhofsruhe erzwingen, die für die Umsetzung übergeordneter ökonomischer und hegemonialer Interessen des BRD-Staates nötig ist.
Neben den KurdInnen sind auch andere Flüchtlingsgruppen betroffen: So begannen Massenabschiebungen von Kriegsflüchtlingen und Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das Deportationsabkommen mit Vietnam, "Rücknahme" der vietnamesischen Staatsangehörigen als Voraussetzung für wirtschaftliche Hilfen, stand vor dem Abschluß.
Abschiebungen größeren Stils müssen organisiert werden. Dafür bedarf es ausreichender Kapazitäten in der Abschiebehaft, denn die wenigsten gehen freiwillig.
In Berlin wird zu diesem Zweck der ehemalige DDR-Frauenknast in Grünau umgebaut. Mit bis zu 400 Haftplätzen werden damit die Kapazitäten der Abschiebehaft in Berlin mehr als verdoppelt. Die Konzentrierung der gesamten Abschiebeprozedur und die günstige verkehrstechnische Anbindung an den Flughafen Schönefeld effektiviert und organisiert fließbandmäßig die Abschiebung und verbilligt den ganzen Ablauf enorm.
Dieser neue Abschiebeknast geriet als zweites Angriffsziel in unseren Blick.
Die Kapazitäten der bisherigen Abschiebehaft in der Kruppstr. und den Gefangenensammelstellen der Polizei in der Gothaer Str. und Beimlerstr. stießen längst an ihre Grenzen. Überbelegung und unhaltbare inhumane Zustände führten öfters zu Gefangegenrevolten und zu Protesten humanistischer Gruppen. Diese Proteste beschränkten sich in den meisten Fällen auf das Aufzeigen von Mißständen in der Abschiebehaft, prangerten aber nicht Abschiebehaft und Abschiebungen als solche an. Symptomatisch dafür ist die Forderung eines gewissen Albert Eckert, Fraktion Bündnis 90/Grüne, der im Oktober 94 meinte, es sollen nur noch AusländerInnen inhaftiert werden, deren Abschiebung unmittelbar bevorstünde.
Als "Zwischenlösung" für das Problem Überbelegung wurde der ehemalige US-Militärknast in der "Mc Nair"-Kaserne in Steglitz mit 30 Abschiebehäftlingen belegt. Laut Pressemeldungen von Ende Juli 94 sollten auch auf dem Polizeistandort Gallwitzallee (Lankwitz) kurzfristig 80 neue Haftplätze entstehen. Was daraus wurde, wissen wir nicht.
Um den öffentlichen Protesten in Zukunft zu begegnen, warb der Innensenat, wie es auch schon bei den High-Tech-Knästen Weiterstadt oder Plötzensee der Fall gewesen ist, mit den vielfältigen Vorzügen des neuen Knastes in Grünau: ausreichend Kapazitäten, Gemeinschaftseinrichtungen, kleine Vollzugseinheiten, Krankenstation, Sportanlagen, DolmetscherInnen und SozialarbeiterInnen, ja sogar für mehr Platz für Hofgänge würde gesorgt, damit "sich die Abschiebehäftlinge auch mal die Füße vertreten können" (Norbert Schmidt, Pressereferent der Senatsverwaltung für Inneres).
Abzuschiebende Flüchtlinge sollen sich noch mal so richtig wohl fühlen in deutschen Abschiebeknästen, bevor Deserteure aus Jugoslawien ihr Leben dem nationalistischen Wahn opfern sollen und KurdInnen in den Folterkellern des türkischen Geheimdienstes MIT verschwinden.
Letztlich stehen diese Maßnahmen aber nur für mehr Kontrolle und das Verhindern von Revolten und Ausbrüchen, sowie für die Rationalisierung des Abschiebeverfahrens. Zudem wird damit den Protesten gegen unhaltbare Zustände in der Abschiebehaft das Wasser abgegraben.

Es geht nicht um Humanisierung als Ziel. Es geht um die Abschaffung der Abschiebehaft als Schritt auf dem Weg zum generellen Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge!

Als unseren Beitrag dazu war die Sprengung des Knastes in Grünau geplant. Ein Gelingen der Aktion hätte weit mehr als symbolischen Charakter gehabt. Es hätte einen effektiven Eingriff in die Umsetzung der Abschiebebeschlüsse bedeutet und den Ausbau der Maschinerie zumindest vorübergehend gestoppt.

Zur verhinderten Aktion in Grünau

Vieles davon, was in der Presse über die Geschehnisse vom 11.04. berichtet wurde, ist richtig. Das Auffinden der beiden Fahrzeuge auf dem Waldparkplatz an der Rabindranathstraße war tatsächlich auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Eines war gestohlen und enthielt die Sprengsätze und anderes Material für die Aktion, z.B. einen Zylinderschloßauszieher, den wir mitführten, um überraschenderweise doch verschlossene Türen öffnen zu können, während in dem anderen diverse Ausweispapiere und weitere persönliche Gegenstände waren. Eine durch den Wald schleichende Bullenstreife wurde auf die Autos aufmerksam und durchsuchte sie. Diese Konstellation zweier Fahrzeuge, die den Bullen die Fahndung nach vier Personen ermöglichte, war aber nicht das Ergebnis irgendeiner Planung, sondern Resultat einer Panne, in deren Folge wir relativ kopflos die Gefährdung Unbeteiligter aus den Augen verloren haben. Näheres dazu wollen wir nicht sagen, wir überlassen es den Gesuchten, die tatsächlichen Gründe, warum sie in die Fahndung geraten sind, offen zu machen, wenn sie das wollen.

Richtig ist, daß der Abschiebeknast gesprengt werden sollte.
In der Presse wurde behauptet, der Knast wäre bestens bewacht gewesen. Das stimmt so nicht. In einem Gebäude in einer Ecke des Geländes war eine Wache, die offensichtlich auch besetzt war. Streifengänge der Wachen auf dem Gelände des Knastes konnten wir trotz intensiver Beobachtungen, und dafür gab es gute Möglichkeiten, nicht ausmachen. Tage nach unserer verhinderten Aktion wurde ein Wachturm mit Bütteln besetzt, das war vor der Aktion nicht so. Einmal mit Leitern die Mauer überwunden konnten wir über's ganze Gelände spazieren und in den Gebäuden flanieren: es gab keine verschlossenen Türen.
Für die Sprengung wurden 4 Propangasflaschen mit je 30 kg Natriumchlorat-Puderzucker-Gemisch (80:20) bestückt und mit Zeitzündern versehen. Die Flaschen hätten wir im Keller, in der Nähe tragender Bauteile, deponiert. Die tragende Substanz des Hauptgebäudes sollte so weit zerstört werden, daß aufgrund der statischen Schäden der gesamte Knast hätte abgerissen werden müssen.
Im Transit lagen Tafeln, die vor der bevorstehenden Sprengung warnten und mit dem Namen der Gruppe unterschrieben waren. Sie sollten an den diversen Eingangstüren des Gebäudes angebracht werden, um eventuell doch auf einem Streifengang befindliches Wachpersonal vor dem Eintritt in das Gebäude zu warnen und sie aufzufordern, sich in Sicherheit zu bringen. Dies war Aufgrund unserer Beobachtung aber nicht zu erwarten.
Es war ausgeschlossen, daß weitere Personen durch den Angriff gefährdet worden wären.

Meldungen, wonach im Transit scharf gemachen Bomben gestanden hätten, die Zeitzünder tickten und wir damit rumgegondelt wären, sind einfach nur lächerlich.
Dazu gehört auch die Behauptung, unser Selbstlaborat hätte die achtfache Sprengwirkung der Oklahomabombe (in Oklahoma/USA wurde im April ein Verwaltungsgebäude, in dem sich ein Büro der CIA, aber auch ein Kindergarten befand, vermutlich von Faschisten zerstört). Eine Assoziation mit den toten Kindern in Oklahoma sollte herbeigeredet werden. Die Bombe in den USA bestand auf 95% Ammoniumnitrat (Düngemittel) und 5% Benzin oder Diesel (Kohlenstoff) und stellt damit "richtigen" Ammoniumsprengstoff dar, der über eine weitaus größere Sprengkraft verfügt als Natriumchlorat-Gemisch.

Die Pressemeldungen entsprechen nicht nur der Unkenntnis und den Phantasievorstellungen der GazettenschreiberInnen, sondern decken sich mit dem Interesse des Staatsschutzes, aus dessen Feder sie stammen könnten. Ziel ist es, ein Feindbild zu erzeugen, durch das alle zu potentiellen Opfern unserer Aktion hätten werden können und alles möglichst verwerflich darzustellen. Dadurch soll eine Auseinandersetzung mit dem politischen Kontext unserer Aktion und eine mögliche Solidarisierung unterbunden werden.

Zu unseren Fehlern

Für die Ausführung der Aktion hatten wir uns einen festen Termin gesetzt, dem ein, wie sich herausstellte, äußerst knapp berechneter Zeit- und Arbeitsplan vorausging. Je näher der Tag der Aktion kam, desto deutlicher wurde, daß wir keinen Raum miteingeplant hatten, um neu auftretende Probleme und die latent vorhandenen Ängste der Einzelnen zu thematisieren und kollektiv lösen zu können. Wir verfielen einem Mechanismus, der in unserer Männercombo nicht unbedingt neu war: es wurde von jedem Einzelnen verantwortlich am eigenen Aufgabenbereich gearbeitet und dabei der Blick für das Ganze verloren. Grundsätzlich muß als Fehler benannt werden, daß bei jeder Aktionsplanung, und insbesondere bei einer von dieser Dimension, immer die Zeit für gemeinsame Zwischenresümees bleiben muß. Aufgrund eines gesteckten Zieles bzw. der Einhaltung eines Zeitplanes darf nicht über die aktuelle Situation der einzelnen Beteiligten hinweggegangen werden.

K.O.M.I.T.E.E... K.O.M.I.T.E.E... K.O.M.I.T.E.E...

Bei der in Grünau geplanten Aktion hatten wir baugleiche Zeitzünder wie bei unserem Angriff auf ein Gebäude der Bundeswehr in Bad Freienwalde verwendet, außerdem hatten wir die Warnzettel mit unserem Namen unterschrieben. Dadurch haben wir uns schon vor Beendigung der Tatdurchführung in Zusammenhang mit einer vorangegangenen Tat gebracht. Viele haben sich sicherlich gefragt, wie wir auf diese Regelverletzung des autonomen Einmaleins gekommen sein könnten. Hier die alles erklärende "Logikkette":
Zunächst mal hatten wir uns schon lange vor der Grünauplanung auf einen Zündertypus spezialisiert, auf dessen Funktionstüchtigkeit wir uns verlassen konnten.
Für die Grünau-Aktion hatten wir zwar noch die Möglichkeit einer abweichenden Zündvorrichtung angedacht, diese zusätzliche Arbeit aber aus folgenden Gründen sogleich wieder verworfen:
Wir sind davon ausgegangen, daß eine Entdeckung und Festnahme von uns, wenn überhaupt, dann auf dem hochummauerten Gelände des Knastes stattfinden würde, wo Fluchtmöglichkeiten ausgesprochen schlecht waren - Knast halt. Da wir das mögliche Strafmaß für die Sprengung des Knastes als sehr hoch eingeschätzt hatten, machte sich bei uns das Gefühl breit, die Freienwalde-Aktion würde diesbezüglich den Kohl auch nicht weiter fett machen. Also konnten wir beruhigt die dieselbe Zündvorrichtung benutzen.
Und da wir nach unserer Logik dadurch den Zusammenhang mit Bad Freienwalde offengemacht hatten, sprach nichts mehr dagegen, die Warnzettel auch noch mit unserem Namen zu unterschreiben.
Zum einen gingen wir davon aus, daß mit unserem Namen unterschriebene Warntafeln ernster genommen würden. Zum anderen wollten wir dadurch erreichen, daß bei einer erfolgreichen Sprengung schon die ersten Pressemeldungen den Bezug zur ersten Aktion herstellen und somit den politischen Kontext der Aktion veröffentlichen würden.
In dieser "Logik"-Kette macht sich unsere damalige "Alles oder Nichts"-Haltung deutlich. Wie der Verlauf der Nacht und die weiteren Ermittlungen der Bullen zeigen, war dieses Vorgehen viel zu kurz gedacht. Die, die durch unsere Fehler ins Visier der Bullen geraten sind, haben sich nun mit dem Problem auseinanderzusetzen, daß ihnen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird. Das wäre ohne die Baugleichheit und die unterschriebenen Warnzettel für die BAW nicht so einfach gewesen.
Diese Vorgehensweise stellte auch für uns selber eine unnötige Gefährdung dar. Jede Aktion sollte so geplant werden, daß bei einer Festnahme vor oder während der Aktion einem/r nicht auch noch vorangegangene angelastet werden können.

K.O.M.I.T.E.E... K.O.M.I.T.E.E... K.O.M.I.T.E.E...

Fazit:

Entgegen dem durch die Presse vermittelten Bild, Berlin-Grünau hätte kurz vor einer Kamikazeaktion gestanden, wäre die von uns geplante Aktion durchführbar gewesen. Tatsache ist aber, daß wir in der Planung einiges an schwerwiegenden Fehlern produziert haben. Unserer Meinung nach war der Größte, uns nicht die ausreichende Zeit gelassen zu haben, im rechten Moment nicht von dem einmal gesetzten Termin losgelassen zu haben und bei auftretenden Pannen weder Ausweichmöglichkeiten noch den nötigen Raum für deren Beseitigung eingeplant zu haben. Die meisten der weiteren Fehler sind aus diesem Zeitdruck heraus entstanden, dem Unvermögen, die Probleme so ausreichend und gemeinsam zu diskutieren, bis für alles die beste Lösung gefunden ist.

Wir müssen aus diesen Fehlern Konsequenzen ziehen. Die Funktionalisierung von Personen, die wir der Justiz in die Hände gespielt haben, können wir durch unser Bedauern nicht rückgängig machen. Wir können nur versuchen, soweit das in unserer Macht steht, den Schaden zu begrenzen.
Unserer eingangs des Papieres formulierten Verantwortung sind wir nicht gerecht geworden. Der von uns anvisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt!
Wir werden unsere politische Arbeit als K.O.M.I.T.E.E. beenden. Diese Entscheidung haben wir aufgrund der Gesamtheit der von uns verursachten Fehler gefällt.
Eine Weiterführung unserer Politik unter diesem Namen könnte eventuell auch noch den jetzt Beschuldigten zur Last gelegt werden. Wir kennen die Verurteilungswut deutscher Gerichte in 129a-Prozessen und wissen, daß sie Angeklagte nicht nach Beweislage, sondern nach politischer Opportunität verurteilen.
Unsere Entscheidung ist kein Abgesang auf militante Politikformen im Allgemeinen, sondern unsere persönliche Konsequenz aus dem Debakel. Wir finden es nach wie vor wichtig und richtig, auch mit militanten Mitteln, in die politischen und militärischen Pläne der Herrschenden einzugreifen und ihre Projekte, wo immer möglich, zu benennen, anzugreifen und zu verhindern.
Wir freuen uns sehr über die Initiative des K:O:L:L:E:K:T:I:V's, die unser Thema aufgegriffen haben und konsequent weitertragen.

6.9.95

DAS K.O.M.I.T.E.E.

Zu den Verfahren vom 13.6.

Ein Ziel der radikalen Linken ist die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse. Ein Ziel der Staatsmacht ist, kapitalistische Herrschaft durchzusetzen. Die Linke, die in diesem Staate lebt, bewegt sich mit ihren Vorstellungen jenseits staatlicher Legalitätsgrenzen. Die Geschichte linker Politik und Entwicklung von Kommunikations-, Organisations- und Aktionsformen ist begleitet von Versuchen der Staatsmacht, diese Geschichte und Entwicklung zu unterbrechen, einzugrenzen, zu zerstören. Das für diese Repression geschaffene polizeiliche und juristische Instrumentarium ist mit dem drängenden imperialistischen Machtanspruch der BRD und entsprechend der konkreten oder potentiellen Entwicklung der Linken und der sozialen Bewegungen ausgedehnt, verfeinert und verschärft worden.

Das Ende der realsozialistischen Staaten und die weitere deutliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Imperialismus hat in der internationalen Linken zu Ratlosigkeit, Desorientierung und Zersplitterung geführt, ohne allerdings die seit Jahren gebildete Substanz aufzulösen.
Während der Staat den Zeitpunkt für gegeben hielt, den sozialistischen Ideen von einer herrschaftsfreien menschlichen Gesellschaft endgültig den Boden zu entziehen, ihnen den öffentlichen Raum in Diskussion und Praxis zu nehmen, ihre Kontinuität zu durchbrechen, wurden von der Linken in bestimmten Bereichen die Politikansätze der 80er Jahre weitergeführt, wurde und wird politisch und praktisch gehandelt, formiert sich punktuell neuer Widerstand.
Die Staatsschutzangriffe richten sich - meist mit dem Instrumentarium des § 129 a - jeweils gegen bestimmte linke Gruppierungen, die Widerstand leisten und auf ihre Weise Kontinuität und Kampfbereitschaft behaupten, sie betreffen so unterschiedliche Zusammenhänge wie Antifa-Gruppen (z.B. in Göttingen und aktuell in Weimar), die RAF (Liquidierung von Wolfgang Grams in Bad Kleinen), aber auch die mit der PKK sympathisierenden KurdInnen.

Am 13.6. kam es nun auf Anordnung der BAW bundesweit zu über 50 Durchsuchungen von Privatwohnungen, Arbeitsplätzen und Arbeitsräumen verschiedener linker Einzelpersonen, Gruppen und Projekte.
Begründet wurde diese Aktion mit vier verschiedenen Ermittlungsverfahren gegen
- angebliche HerstellerInnen und VertreiberInnen der Zeitschrift *radikal*
- angebliche Mitglieder der Antiimperialistischen Zelle wegen diverser militanter Aktionen seit 1992
- angebliche Mitglieder der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. wegen Anschlägen auf eine Bundeswehrkaserne in Brandenburg und einen Abschiebeknast in Berlin
- eine Frau aus Köln, die der Unterstützung der RAF bezichtigt wird.

Durchsucht wurde u.a. in Bremen, Hamburg, Neumünster, Rendsburg, Lübeck, Oldenburg, Köln, Münster und Berlin.
Vier Männer, denen Mitgliedschaft in der „kriminellen Vereinigung" *radikal* vorgeworfen wird, wurden direkt nach Karlsruhe in U-Haft verschleppt.

Der Schlag war heftig und traf die zersplitterte Linke in einer Phase der Schwäche.
Entsprechend schwierig war es für die entstehenden Betroffenen- und UnterstützerInnen-Kreise, einen ersten Überblick über diese bundesweit durchgezogene Aktion zu gewinnen. Nach den ersten spontanen Soli-Aktionen kam eine organisierte Solidaritätsarbeit nur mühsam in Gang, zumal gemeinsame Einschätzungen der Bedeutung und Zielrichtung dieses Angriffs anfangs kaum möglich waren. Deshalb können wir auch jetzt erst darstellen, was für uns nach dem 13.6. an den Ermittlungsverfahren sichtbar geworden ist:.

Bei dem staatlichen Angriff vom 13.6. gab es weder den propagierten erfolgreichen Schlag gegen die Antiimperialistische Zelle, noch ging es wesentlich um „eine zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung der linksradikalen Szene“, wie Kanther behauptete, sondern der Angriff zielt konkret auf Strukturen des autonomen/antiimperialistischen Bereichs der Linken, gegen die dort entwickelten Auseinandersetzungen und Erfahrungen mit Konzepten, Praxis und Organisationsansätzen, bewaffnetem Kampf und klandestinen Strukturen, ein Bereich, der jenseits staatlich gesetzter Legalitätsgrenzen die Legitimität und Kontinuität linksradikaler Politik behauptet hat. Wesentlich für den Angriff ist nicht die reale Bedeutung der betroffenen Gruppen und Projekte, sondern die Kontinuität, in der sie stehen. Diese soll aufgebrochen werden und damit ihre potentielle Bedeutung für spätere Kämpfe.
Alle vier Ermittlungsstränge laufen nicht erst seit 1995. Neu ist, daß gegen vier so unterschiedliche Gruppierungen gleichzeitig in einer bundesweit koordinierten Aktion mit erheblichem technischen und personellen Aufwand (ca. 2000 Beamte und Spezialisten waren beteiligt) vorgegangen wurde. Und hart sind die unmittelbaren Folgen der Aktion:
Fünf Genossen sitzen im Knast und insgesamt sieben werden gesucht (vier wegen *radikal* und drei wegen K.O.M.I.T.E.E.) Und der Staat hat offensichtlich noch mehr vor mit diesen Ermittlungsverfahren.
Zum Stand der *radikal*-Verfahren können wir jetzt mehr sagen. (Zum K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren ist schon aus Berlin informiert worden, in den AIZ-Verfahren gibt es keine erkennbaren neuen Schritte, ebensowenig ist über das RAF-Verfahren in Köln mehr bekannt geworden.)

Zum Stand der *radikal*-Verfahren und zur Situation der Gefangenen

Über 30 Durchsuchungen wurden im Zuge von 25 namentlichen *radikal*-Ermittlungsverfahren durchgeführt. Vier Männer wurden dabei inhaftiert und sitzen seitdem in U-Haft: Andreas aus Lübeck, Rainer aus Münster, Ralf aus Rendsburg und Werner aus Berlin. Ihnen wird vorgeworfen, an der Produktion und Verbreitung der seit Jahren verdeckt hergestellten *radikal* beteiligt gewesen zu sein. Darüber wird eine Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) und über die Inhalte der Zeitung die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§129a StGB) konstruiert.
Die Vorwürfe in den sonstigen Durchsuchungsbeschlüssen der *radikal*-Verfahren variieren zwischen Unterstützung der und Mitgliedschaft in der „kriminellen Vereinigung“ *radikal*. In mehreren Fällen wurden Begündungen ganz vorenthalten. Meist wird Kontakt zu einem jeweils namentlich genannten radi-Beschuldigten als „Tatbestand“ und Verdachtsgrundlage angeführt. Die BAW scheint sich offenhalten zu wollen, von Ermittlungen Betroffene im Zuge des weiteren Verfahrens entweder zu ZeugInnen oder zu UnterstützerInnen oder Mitgliedern der „kriminellen Vereinigung“ machen zu können. Nach vier weiteren Leuten, die bei der Durchsuchung nicht angetroffen wurden, wird gesucht: Jutta und Matthes aus Bremen, Frank aus Köln und Uli aus Oldenburg. Gegen Uli liegt bereits ein Haftbefehl vor - zwei Wochen nach dem 13.6. nachgeschoben und begründet mit angeblichen Durchsuchungsfunden. Die vier Gesuchten entziehen sich offenbar ihrer drohenden Festnahme. In Köln wurde die Wohnung von Frank am 10.7. ein zweites Mal erfolglos durchsucht. In diesem Zusammenhang gab es gegen einen weiteren Mann aus Köln die Androhung, ihn als Zeugen zur BAW nach Karlsruhe vorzuladen, nachdem er bei einer ersten polizeilichen Vernehmung von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht hatte.
Ulf aus Bremen sitzt seit dem 4. Juli in Beugehaft. Er wurde direkt nach einem Vernehmungsversuch der BAW, bei dem er die Aussage verweigerte, in den Knast in Heimsheim verschleppt. Mit einer fünfmonatigen Beugehaft will die BAW eine Aussage über den Aufenthaltsort von Matthes erpressen.

Wie es schon aus anderen politischen Verfahren nach § 129a aus der Vergangenheit bekannt ist, wird auch in den *radikal*-Verfahren die Akteneinsicht für die Verteidigung seit Wochen blockiert. Auch nach zehn Wochen U-Haft verfügen die AnwältInnen der vier Eingeknasteten lediglich über einen

Ordner mit kopierten *radikal*-Artikeln sowie ein Stimmgutachten, mit dessen Hilfe einige der Beschuldigten zu identifizieren seien.
In den ersten Haftprüfungsterminen präsentierten die Bundesanwälte ein angeblich konspiratives Treffen in der Eifel von sieben Personen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln bespitzelt worden sei. Inzwischen ist, klar, daß das Eifel-Haus unter dem Vorwand von RAF-Ermittlungen seit Juni 1993 per Mikrosender abgehört wurde. Die Ermittlungen basieren offenbar hauptsächlich auf diesem Treffen im Herbst 93. Die BAW behauptet noch mehr Erkenntnisse über weitere konspirative Treffen des vermeintlichen *radikal*-Redaktionskollektivs zu haben. Bei diesen Treffen sollen Inhalte der Zeitung, ihre Herstellung und der Vertrieb vorbereitet worden sein. Auch im Rahmen der Haftprüfungen, die bei drei der Gefangenen Ende Juni bzw. Anfang Juli stattgefunden haben, wurde den AnwältInnen die Einsicht in die „Erkenntnisse" der BAW und die Überprüfung der Grundlagen ihrer Behauptungen verweigert. Stattdessen muß immer wieder das „hochkonspirative" Verhalten der Beschuldigten herhalten, wie z.B. die Verwendung von Codes und das Abschütteln von Observationen. Als Indiz für die Teilnahme an einem konspirativen Treffen wird die gleichzeitige Abwesenheit der Beschuldigten von ihren Wohnungen angeführt. Das den *radikal*-Beschuldigten unterstellte Verfügen über verdeckte Kommunikationswege und -mittel wird auch wiederholt als Begründung herangezogen für die Ablehnung von Besuchsanträgen und das Anhalten von Post für die Gefangenen.
Aus den Haftbefehlen geht außerdem hervor, daß die BAW der *radikal*-Struktur unterstellt, sie arbeite auf der Basis von Gruppenbeschlüssen, denen sich alle „Mitglieder" unterzuordnen haben. Dieses dient ihnen als ein Ausgangspunkt für die Konstruktion, daß eine Zeitungsredaktion eine „kriminelle Vereinigung„ ist.
Bisher sind Kriminalisierungen der *radikal* mit Hilfe des § 129 a versucht worden, indem angeblichen Redakteuren, etlichen Buchhändlern und Handverkäufern die „Werbung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" über jeweils eine konkrete Ausgabe einer Zeitung vorgeworfen wurde. Der jetzige Versuch, mit dem § 129 das Herstellen einer Zeitung zur Tätigkeit einer kriminellen Vereinigung zu erklären, deren Zweck das Begehen von Straftaten sei - nämlich Werbung und Unterstützung für eine terroristische Vereinigung -, ist neu. Wenn die BAW mit diesem Konstrukt der kriminellen Vereinigung durchkommt, verschafft sie sich eine generelle Möglichkeit, linke Zeitungsprojekte und oppositionelle Presse zu kriminalisieren. Darüberhinaus würde sie mit diesem Instrumentarium einen Zugriff auf alle revolutionären Kommunikationsstrukturen eröffnen.

Die Schärfe des Angriffs durch den Staatsschutzapparat wird an der Situation der Gefangenen besonders deutlich: Alle vier Gefangenen wurden direkt nach ihrer Festnahme, von maskierten SEK'lern begleitet, nach Karlsruhe zum BGH verschleppt. Seitdem unterliegen sie - auch nach ihrer Verlegung in „heimatnahe" Knäste - verschärften Isolationsbedingungen.
Konkret drückt sich das in einem von BGH-Ermittlungsrichter Beyer erlassenen 8 (12)-Punkte-Haftstatut aus. Alle vier sind von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen, d.h. auch Einzelhofgang. Sie werden streng von anderen Gefangenen getrennt; die ständige Begleitung durch zwei Schließer beim Verlassen der Zelle verhindert auch zufälliges Zusammentreffen und Kommunizieren mit Mitgefangenen. Unter dem Vorwand der möglichen verdeckten Kontaktaufnahme werden Besuchsanträge von vielen FreundInnen und GenossInnen abgelehnt. Alle Besuche, außer den von Familienangehörigen, werden nur mit Trennscheibe zugelassen. Die Anordnung, keinerlei Druckerzeugnisse oder Fotokopien außer den genehmigten vier Zeitungen und vier Zeitschriften durchzulassen, soll die politische Informationsmöglichkeit der Gefangenen verhindern. Briefe von FreundInnen und GenossInnen werden vermehrt angehalten, zum Teil unter fadenscheinigen Begründungen und als reine Willkürmaßnahme, teils zur Unterbindung der politischen Diskussion mit den Gefangenen.

September 1995 **Arbeitsgruppe der bundesweiten Treffen zu den laufenden Verfahren**

Erklärung der AIZ

in der vergangenen nacht haben wir dort, wo der verteidigungspolitische sprecher der cdu-/csu-bundestagsfraktion paul breuer wohnt (spechtweg 8, 57078 siegen), einen sprengsatz deponiert - gemäß dem angriffsmodus, wie er von uns in der letzten erklärung vom 13.7.95 beschrieben worden ist.
paul breuer ist vorsitzender der arbeitsgruppe 13 (verteidigung) der cdu-/csu-bundestagsfraktion, mitglied im vorstand dieser fraktion und mitglied im verteidigungsausschuß des brd-bundestages.

(entsprechend der politik der cdu-/csu-bundestagsfraktion, die die türkei als strategisches nato-partnerland versteht, wurde dieser nva-panzer, mit dem der guerillero der argk (artesa rizgariya gele kurdistan) am 16.10.92 zu tode geschleift wird, dem türk. militär von der brd zur verfügung gestellt. mitverantwortlich: paul breuer)

"du mußt vielleicht mal ticken, daß in dem milieu, in dem wir kämpfen - postfaschistischer staat, konsumentenkultur, metropolenchauvinismus, massenmanipulation durch die medien, psychologische kriegsführung -, daß gegen die repression, mit der wir es hier zu tun haben, empörung keine waffe ist. sie stumpf und so hohl. wer wirklich empört, also betroffen und mobilisiert ist, schreit nicht, sondern überlegt sich, was man machen kann." (ulrike meinhof am 19.3.76 in einem brief an hanna krabbe)
in den nächsten beiden monaten (oktober/november) feiert die brd "40 jahre bundeswehr - 5 jahre armee der einheit". die entsprechende feierstunde des verteidigungsausschusses findet jetzt am 27.9. in bonn statt. in den vergangenen 5 jahren hat sich die rolle der brd in raschen schritten entwickelt: von der im 2-plus-4-vertrag (12.9.90) neugewonnen souveränität bis zum tornadoeinsatz jetzt im rahmen des nato-krieges in bosnien-herzegowina. die imperialistische großmacht brd hat sich insbesondere in den letzten 3 jahren zum global agierenden militärischen akteur entwickelt - eine entwicklung, an der paul breuer maßgeblich beteiligt ist.

es gibt, was die brd-linke betrifft, zur zeit weder eine "friedensbewegung" noch militante kräfte, die gegen die neue brd-politik widerstand leisten. nun können diejenigen, die es (z.b. wegen der rolle der brd als kriegspartei auf dem balkan und in kurdistan) für notwendig halten, daß in der brd militante widerstandsaktionen durchgeführt werden, weder darauf warten, daß die brd-linke für den aufbau einer "friedensbewegung" die initiative ergreift, noch darauf warten, daß eine metropolenguerilla den sinn von angriffsaktionen wiederentdeckt. diejenigen, die militante antiimperialistische politik in der brd für notwendig und sinnvoll halten, werden mittel und wege finden, um aktionen durchzuführen - und so läuft es dann auch.
die rote armee fraktion hat in den 70ern und 80ern die rolle des brd-apparates insbesondere in seiner funktion für die globalstrategie des us-imperialismus thematisiert. jetzt in den 90ern ergibt sich die notwendigkeit, die neuen schritte der souveränen brd zu begreifen, zu thematisieren und anzugreifen.

vor 5 jahren, am 3.10.90 (breuer war zu jener zeit beauftragter des cdu-bundesvorstandes für die bundeswehr), vergrößerte sich der personalumfang der bundeswehr quasi über nacht von 495000 soldaten um 90000 soldaten; gleichzeitig gelangten in das waffenarsenal der bundeswehr 2337 kampfpanzer, 5980 gepanzerte gefechtsfahrzeuge, 2245 artilleriegeschütze, 479 flugzeuge und angriffshubschrauber, 71 kriegsschiffe und riesige mengen an handfeuerwaffen und munition. die brd hatte sich zuvor im 2-plus-4-vertrag zu einer reduzierung der personalstärke auf 370000 soldaten bis ende 94 verpflichtet; was jedoch mit den nva-waffen geschehen würde, lag im wesentlichen im ermessen der brd, die ihre neugewonnene souveränität dann sofort ausnutzte: der kse-vertrag vom nov.90, der die brd zu einer umfangreichen rüstungsreduzierung verpflichtete, war so ausgestaltet worden, daß gemäß "nato-kaskade" exporte der nva-waffen an brd-bündnispartner erlaubt waren. als "rüstungssonderhilfe" gelangten auf diese weise 300 schützenpanzer btr-60, 131 panzerhaubitzen, 187 mannschaftstransportwagen, 256000 kalaschnikows etc. in die türkei. gleichzeitig wurde griechenland, das sich im rüstungswettlauf mit der türkei befindet, ähnlich umfangreich beschenkt. der indonesische diktator erhielt 39 schiffe, die zur freude der brd-werftindustrie vor dem export erstmal seetüchtig gemacht werden mußten. weitere schiffe der nva wurden der algerischen und der tunesischen regierung übergeben - alles das waren politische entscheidungen der brd.
"die bundeswehr befindet sich in einem schwierigen anpassungsprozeß - die bundeswehr, die dabei ist, standorte überall in deutschland aufzugeben, die dabei ist, standorte in den neuen bundesländern aufzubauen, die dabei ist, das ehemalige material der nva abzugeben, das alles geräuschlos ..." (breuer am 24.11.93 im brd-bundestag)
ebenso "geräuschlos" wäre der export von 14 kampfpanzern t72 und gepanzerten kettenfahrzeugen mit abschußrampen für flugabwehrraketen an den israelischen geheimdienst mossad verlaufen, hätte sich der bnd 1991 im hamburger hafen nicht so ungeschickt angestellt (2 typen vom bnd hatten das gerät als "landwirtschaftliche maschinen" deklariert).
direkt nach 1990 stellte sich den brd-eliten die frage nach der zukünftigen funktion der bundeswehr; für das souverän gewordene deutschland mußten konzeptionelle leitlinien erarbeitet werden, die der rolle der brd als imperialistische großmacht mit neuen freiheiten entsprechen sollten. neues führungspersonal in der "verteidigungspolitik" sollte diese aufgabe lösen: die leitungsfunktion im exekutiven bereich übernahm ab 1.4.92 cdu-generalsekretär volker rühe als verteidigungsminister; die leitungsfunktion im legislativen bereich wurde paul breuer anvertraut, der im april 92 der verteidigungspolitische sprecher der cdu/csu-bundestagsfraktion wurde.
die neue sicherheitsdoktrin der brd beruht darauf, daß der begriff "nationale verteidigung" durch den wesentlich umfassenderen begriff "nationale sicherheit" ersetzt wird; der us-imperialismus, der als globaler akteur diesen begriff schon seit langem benutzt, dient dabei als vorbild:
"nationale sicherheit umfaßt nicht nur den schutz vor physischer gewalt von außen, sie impliziert auch den schutz lebenswichtiger wirtschaftlicher und politischer interessen, deren verletzung fundamentale werte und das überleben der nation bedroht." (jordan, taylor u.a., american national security, policy and process, 1981)
die bundeswehr wird als instrument der außen- u. sicherheitspolitik der brd begriffen; weil die weltweiten ausbeutungs- u. unterdrückungsstrukturen, was welthandel und weltwirtschaft betrifft, grundlage für den wohlstand des brd-imperialismus sind, gehört folglich die "aufrechterhaltung des freien welthandels und des ungehinderten zugangs zu märkten und rohstoffen" zu den vitalen sicherheitsinteressen der brd (siehe die verteidigungspolitischen richtlinien vom 26.11.92).

die militarisierung der brd-außenpolitik ist die logische konsequenz. die primäre aufgabe der bundeswehr, die landes- u. bündnisverteidigung, wird erweitert durch das neue betätigungsfeld der "krisenbewältigung im erweiterten geographischen umfeld", wie es das im april 94 vorgelegte "weißbuch zur sicherheit der brd und zur lage und zukunft der bundeswehr" ausdrückt.

für die neue struktur der bundeswehr hat das folgende konsequenzen: es werden 3 streitkräftekategorien unterschieden: 1) die weitgehend mobilmachungsabhängigen hauptverteidigungskräfte: sie umfassen die gesamtheit der aufwuchsfähigen und präsenten kräfte, die in der verteidigung von brd- u. nato-gebiet eingesetzt werden. 2) die präsenten krisenreaktionskräfte (krk): sie können von der brd im rahmen von nato- u. uno-aktionen zur internationalen "krisenbewältigung" eingesetzt werden. 3) die militärische grundorganisation: sie nimmt unterstützungs- u. versorgungsaufgaben in der bundeswehr wahr. das heer wird sich mit 25%, die luftwaffe mit 30% und die marine mit 40% an den krk beteiligen; die krk werden sich durch hohe präsenz, mobilität und modernität auszeichnen, 70-80000 soldaten umfassen und bis zum jahr 2000 voll einsatzfähig sein. wir hatten in unserer erklärung vom 23.4.95 (zum angriff dort, wo cdu-funktionär blank wohnt) das großmanöver "roving sands" erwähnt, das dann am 27.4. im süden von new mexico (usa) begonnen hat: zusammen mit 24000 us-soldaten haben dort 1300 bundeswehrsoldaten des oldenburger flugabwehrraketengeschwaders 3 einen wüstenkrieg geübt. dieses geschwader gehört zu den krk der bundeswehr und wurde am 1.7.95 folglich der immediate reaction force der nato unterstellt, steht also für natointerventionen weltweit bereit.

breuer befürchtet nun, daß aufgrund solcher entwicklungen noch mehr menschen als bisher den kriegsdienst verweigern. dem versucht er entgegenzuwirken, wenn er im focus-interview sagt: "auch die krk dienen zuerst der verteidigung von land und bündnis, darüber hinaus im einzelfall auch den vereinten nationen. dann aber nicht mit wehrpflichtigen, es sei denn sie melden sich freiwillig. deshalb ist angsthasen-mentalität hier unangebracht." (focus 20/95)

es stellt sich sofort die frage, gegen wen sich manöver im stil von "roving sands" richten. diese frage beantwortete rühe in seiner rede auf der 32. internationalen sicherheitskonferenz (4./5.2.95) in münchen ziemlich klar: das besondere augenmerk gilt den instabilitäten in der peripherie westeuropas; dabei werden ein östlicher und ein südlicher krisenbogen unterschieden. beide krisenbögen überschneiden sich im geographischen dreieck kaukasus - balkan - nahost. die antwort der brd-"verteidigungsexperten" auf den östlichen krisenbogen ist die osterweiterung der nato "so schnell wie möglich" (rühe). der generalinspekteur der bundeswehr, klaus naumann, hat im april 94 vor der von breuer geleiteten arbeitsgruppe 13 (verteidigung) der cdu-/csu-bundestagsfraktion betont, wie sehr es für die brd von bedeutung ist, einsatzoptionen der militärmacht rußland außerhalb ihrer grenzen auf dauer auszuschließen. die brd drängt deshalb wie kein anderer der westlichen imperialistischen staaten auf eine erweiterung der nato um die staaten polen, ungarn, tschech. republik und slowakei. auf diese weise soll eine "strategische balance" im verhältnis zu rußland erreicht werden. gleichzeitig soll mit rußland im internationalen krisenmanagement der imperialistischen staaten so eng wie möglich zusammengearbeitet werden (z.b. im rahmen des nato-programms "partnership-for-peace" seit dem 31.5.95). das übergeordnete ziel der brd ist eine "nördliche stabilitätszone", die sich aus den staaten der nafta, der eu und rußland zusammensetzt. somit bleibt der südliche krisenbogen übrig, den naumann als "islamischen krisenbogen von marokko bis pakistan" bezeichnet - d.h. es ist klar, gegen wen sich die brd-krk mit ihren fähigkeiten "von der modernen guerillakriegsführung bis zum einsatz gegen hochwertig ausgerüstete streitkräfte" (weißbuch 94) richten. in unserer erklärung vom 13.7.95 haben wir die bedeutung unterstrichen, die wir den kämpfen in der peripherie von eu und rußland zumessen - von marokko bis ägypten, von palästina über tschetschenien bis tadschikistan: dort kämpfen unsere schwestern und brüder. die daraus entstehende instabilität macht den südlichen krisenbogen zum wichtigsten kandidaten für krk-operationen. was imperialistisches krisenmanagement bedeutet, wird zur zeit dort besonders deutlich, wo sich dieser südliche krisenbogen mit dem nördlichen überschneidet: im krisendreieck kaukasus-balkan-nahost. im sinne imperialistischer arbeitsteilung ist rußland in tschetschenien einmarschiert, und gleichzeitig operiert die nato (mit beteiligung der brd) in bosnien-herzegowina.

"ich will wahrhaftig nicht behaupten, daß westeuropa zu einer insel der seligen geworden sei. aber eine insel des friedens, der freiheit und des wohlstands ist westeuropa in diesen jahrzehnten eben doch geworden, und viele völker auf der ganzen welt beneiden uns darum. wir werden schon alle hände voll damit zu tun haben, die insel, auf der zu leben uns vergönnt ist, zu sichern und zu bewahren." (bundespräsident herzog (cdu), 8.5.95)

nach der ersten phase der 1990 eingeleiteten bundeswehrreform beginnt in diesem jahr die 2. phase: am 15.3. hat rühe das "ressortkonzept zur anpassung der streitkräftestrukturen, der territorialen wehrverwaltung und der stationierung" vorgestellt: von 734 bundeswehrstandorten in der brd werden nur 16 aufgelöst; der gesamtumfang der streitkräfte wird von 370000 auf 338000 soldaten leicht gekürzt. am 30.5. hat das bundeskabinett einem gesetzentwurf zugestimmt: an der allgemeinen kriegsdienstpflicht wird festgehalten, der kriegsdienst allerdings von 12 auf 10 monate verkürzt. diese beschlüsse sind das ergebnis eines kompromisses: rühe wäre auch mit weniger soldaten zufrieden gewesen; breuer dagegen hatte noch 1993 im verteidigungsausschuß, was die zahl 370000 und die 12monatige kriegsdienstpflicht betrifft, zu protokoll gegeben: "wer daran rüttelt, rüttelt an den grundfesten unserer demokratie."

während viele im brd-militärapparat den übergang zur berufsarmee befürworten, betrachtet die politische elite den "dienst in den nationalen streitkräften" als integralen aspekt der normativen definition der staatsbürgerschaft. dem entspricht der "ja. dienen!"-werbefeldzug der bundeswehr, für den bis 1994 mehr als 21 mio. dm ausgegeben wurden. die absolute mehrheit der brd-bevölkerung (55%) hält wie breuer die allgemeine kriegsdienstpflicht für notwendig. allerdings ist die zahl der kriegsdienstverweigerer mit 130000 pro jahr seit 1992 auf hohem niveau annähernd konstant; 1994 leisteten 28% den sog. zivildienst, 38% den kriegsdienst. breuer hat sich gedanken gemacht, woran das liegt:

"welche signale haben denn die jungen leute seit jahren bekommen? doch nur: die bauen doch nur ab, die haben kein geld mehr, die brauchen uns überhaupt nicht. da steigt, verstärkt durch die annehmlichkeiten des zivildiensts, zwangsläufig die neigung, den wehrdienst zu verweigern. auch der träumerische pazifismus blieb nicht ohne wirkung." (focus 20/95)

die arbeitsgruppe "verteidigung" der cdu-/csu-fraktion hat sich unter der leitung von breuer 1993 dafür entschieden, den anteil der kriegsdienstfähigen durch die einführung einer neuen tauglichkeitskategorie (t7) auf über 85% zu erhöhen; am 3.7.95 wurden die ersten 1500 t7-kriegsdienstpflichtigen zur bundeswehr einberufen; t7 bedeutet "wehrdienstfähig, verwendungsfähig für bestimmte tätigkeiten unter freistellung von der grundausbildung". der spiegel 47/93 zitiert breuer mit dem satz: "nicht jeder wehrpflichtige muß einen 30km-marsch mit gepäck überstehen können."

zur kriegsdienstkampagne der cdu-/csu-fraktion gehören viele verschiedene komponenten: die zahl der 85397 kriegsdienstverweigerer im 1. halbjahr 95 wird als "dramatischer anstieg" bezeichnet, was kompletter unfug ist (in wirklichkeit sind 25% mehr gemustert worden als 1994; dies führt, zusammen mit dem höheren anteil der kriegsdienstfähigen, natürlich zu einem anstieg der kriegsdienstverweigererzahlen - der wille zur kriegsdienstverweigerung

bei den kriegsdienstpflichtigen hat sich dagegen prozentual nicht vergrößert); repressionen gegen tkdv-ler; abschiebung von deserteuren, die sich in die brd geflüchtet haben, auf den balkan, in die türkei etc. groteske züge nimmt die kampagne der cdu/csu an, wenn sie sich sogar rückwirkend noch gegen diejenigen richtet, die sich der faschistischen wehrmacht verweigert haben: die cdu-/csu-bundestagsfraktion lehnt es ab, die von der wehrmacht als kriegsdienstverweigerer, "wehrkraftzersetzer" und deserteure verurteilten zu "rehabilitieren". entsprechend empfindet die fraktion die ausstellung "verbrechen der wehrmacht 1941 bis 1945" als zumutung: diejenigen, die "treu gedient" haben, können ja unmöglich an verbrechen beteiligt gewesen sein.

"ich möchte, daß deutsche soldaten mit einer überlegenen bewaffnung in zukünftige, leider nicht verhinderbare einsätze hineingehen können." (breuer am 24.11.93 im brd-bundestag)

breuer und seine fraktion haben durchgesetzt, daß der haushalt des "bundesministeriums der verteidigug" (einzelplan 14), der in diesem jahr 48 mrd. dm beträgt, in den kommenden jahren leicht ansteigen wird; insbesondere für den investiven anteil ist 1995 ein jahr der trendwende: nach einem absinken auf gegenwärtig 21,6% wird er bis zum jahr 2000 einen anteil von 30% erreichen - zur freude der brd-rüstungsindustrie. in diesem zusammenhang ist bemerkenswert, daß die brd 1990-94 2,14 mrd. dm für die beschaffung von landminen ausgegeben hat - dies geschieht in einem land, dessen bevölkerung an der "innerdeutschen grenze" bis in die jüngste vergangenheit mit minen und deren konsequenzen konfrontiert war.

absolute priorität bei den beschaffungen hat die ausrüstung der krk; für die herstellung der "krisenreaktionsfähigkeit" sind die wichtigsten beschaffungsprojekte: das jagdflugzeug eurofighter 2000, der unterstützungshubschrauber tiger, das großraumtransportflugzeug future large aircraft und die panzerhaubitze 2000. diese projekte werden verwirklicht in multinationaler kooperation im europäischen rahmen. für die brd ist die zusammenarbeit mit frk. zentral; deren dimension sei am beispiel des tigerprojekts erläutert, das im gegensatz zum eurofighterprojekt in keiner weise in der öffentlichen diskussion eine rolle spielt: generalunternehmer ist die firma eurocopter tiger, die zu 40% zu eurocopter deutschland (teil der dasa) und zu 60% zu eurocopter france gehört. von den 3 versionen (hap/hac/uhu) wird die brd zu einem stückpreis von 34 mio. dm 212 uhu-systeme kaufen.

"zum selbstverständnis eines zusammenwachsenden europas gehört, einem 'buy american' ein 'buy european' entgegenzustellen." (rühe auf der jahrestagung der deutschen gesellschaft für wehrtechnik, 26.4. 95)

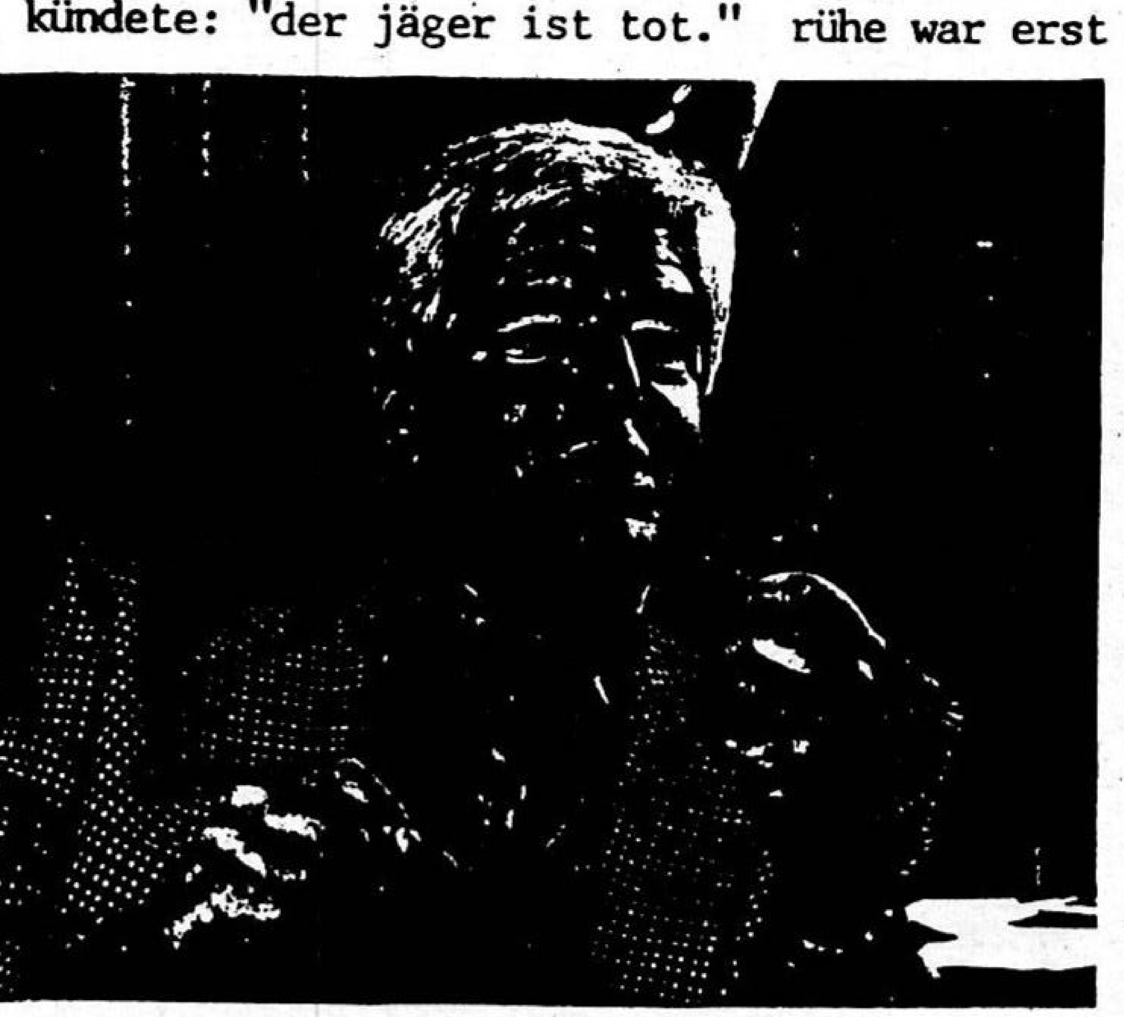
ziel der brd-"verteidigungspolitik" ist eine nato, in der die beiden bündnispfeiler europa und nordamerika "als gleiche partner" strategisch verbunden werden. der eu-block soll nach dem vorbild des us-imperialismus handlungsfähigkeit als globaler militärischer akteur gewinnen. mit hilfe der weu soll die dafür notwendige westeuropäische militärmacht aufgebaut werden. wir haben in unseren erklärungen mehrfach das eurostrategiepapier der cdu-/csu-fraktion vom 1.9.94 (auch als schäuble-lamers-papier bekannt) erwähnt; dieses konzept eines aus den imperialistischen staaten brd u. frk. bestehenden "kerneuropa" bedeutet auf militärischem gebiet: die zusammenarbeit dt. u. frz. rüstungskonzerne bildet den kern der europäischen rüstungspolitik und das im wesentlichen dt.-frz. eurokorps bildet den kern der weu-streitmacht; das eurokorps (50000 soldaten) wurde am 22.5.92 auf dem gipfel von la rochelle vereinbart und ist seit diesem jahr voll einsatzfähig. am 30.8.95 wurde zusätzlich das dt.-niederländ. korps (35000 soldaten) gegründet; die niederländische armee, deren einzige division in diesem korps aufgeht, wird somit praktisch zu einer bundeswehrfiliale.

"deutschland muß eine glaubhafte atomare abschreckung bekommen." (beschluß des weu-verteidigungsausschusses, mai 94)

es hatte in der brd-öffentlichkeit voriges jahr für einiges erstaunen gesorgt, als bekannt wurde, daß in der "konzeptionellen leitlinie zur weiterentwicklung der bundeswehr" (12.7. 94) von einer "nuklearen teilhabe" derbrd-streitkräfte gesprochen wird. zusammen mit dem schäuble-lamers-papier vom 1.9.94 wird deutlich, worauf das kerneuropakonzept perspektivisch u.a. hinausläuft: die brd läßt mit hilfe der eurowährung frk. teilhaben an der stärke der d-mark; umgekehrt läßt frk. mit hilfe der nuklearen komponente der weu die brd teilhaben am kernwaffenarsenal der force de frappe. vor diesem hintergrund ist verständlich, wie scharf die cdu-/csu-fraktion im brd-bundestag am 6.9.95 jede kritik an der frz. atombombentestserie unter dem mururoa-atoll unterbunden hat.

"ich bin fest davon überzeugt, daß die planung oder die entwicklung des europäischen jagdflugzeugs ein wesentlicher meilenstein für die erhaltung von technischem know-how für die europäische luft- u. raumfahrtindustrie ist." (breuer am 24.11.93 im brd-bundestag)

vor 10 jahren, 1985, wurde die entwicklung des jägers 90 als ein multinationales rüstungsprojekt europas beschlossen: beteiligt sind großbritannien und die brd mit je 33%, italien mit 21% und spanien mit 13%. der brd-anteil wurde von der daimler-benz aerospace (dasa) übernommen; dieser konzern hat die führungsrolle im militärisch-industriellen komplex der brd. der stückpreis des jägers ist im laufe der zeit dermaßen explodiert (im april 92 wurde ein stückpreis von 135 milio. dm als realistisch angesehen), daß rühe in august 92 verkündete: "der jäger ist tot." rühe war erst 4 monate im amt - die rüstungslobby hatte ihn noch nicht richtig im griff. in dieser situation hat u.a. breuer dafür gesorgt, daß die brd aus dem projekt nicht aussteigt; einen monat später lenkte rühe dann ein: der jäger 90 wurde in "eurofighter 2000" umbenannt und sollte einen stückpreis von 90 millio. dm nicht überschreiten. am ende des jahres 92 konnte sadlowski, der herausgeber des "handbuchs der bundeswehr und der verteidigungsindustrie", zufrieden feststellen: "hervorzuheben ist aus meiner sicht auch der bundestagsabgeordnete paul breuer, der als nachfolger von bernd wilz die führung der arbeitsgruppe verteidigung der cdu-/csu-bundestagsfraktion übernommen hatte. obwohl der größeren koalitionspartei angehörend, verstand er seine aufgabe entsprechend unserem grundgesetz als 'parlamentarischer kontrolleur' und konnte so erheblich zu einem einlenken des ministers in der frage des europäischen jagdflugzeuges beitragen."



ab dem jahr 2002 sollen 140 maschinen an die bundeswehr ausgeliefert werden; der geschätzte momentane stückpreis beträgt mehr als 150 millio. dm. auch gegenwärtig arbeiten cdu-/csu-fraktion und dasa in der kampagne zur durchsetzung des eurofighters hand in hand: mit den vor kurzem bewilligten "reorientierungskosten" von 375 millio. dm sind die vom brd-staat eingesetzten entwicklungskosten für das projekt auf 7,4 milliarden dm gestiegen; die wahnsinnshöhe dieser investition und die drohung der dasa, tausende von arbeitsplätzen zu streichen (siehe dolores-programm), benutzt die cdu-/csu-fraktion als argumente zur endgültigen durchsetzung des projekts.

"wenn man die dinge komplexer ansieht, dann weiß jeder, daß man tatsächlich eine eigene bundeswehr nur erhalten kann, wenn man darüber hinaus auch produktionsmöglichkeiten und exportmöglickeiten hat, sonst müßten wir jedes gerät einkaufen." (rose(csu), vorsitzender des verteidigungsausschusses des brd-bundestages im interview mit wehrtechnik 8/95)
die eigentlichen rüstungsausgaben der bundeswehr betragen gegenwärtig rund 13 milliarden dm - das ist die für die rüstungsindustrie interessante summe, was die lieferungen an die bundeswehr betrifft. es stellt sich sofort die frage, in welchem verhältnis dazu größenordnungsmäßig die rüstungsexporte stehen. in der öffentlichen diskussion relativ gut bekannt sind die sipri-daten; als im neuen jahrbuch mitte juni die zahlen für 1994 bekannt wurden, war doch für einiges aufsehen gesorgt: gemäß sipri hat sich das rüstungsexportvolumen von 1993 auf 1994 fast verdoppelt; die brd ist zweitgrößter waffenexporteur der welt und am internationalen waffengeschäft mit 14,5% beteiligt (die usa mit 55%). die türkei ist mit abstand der weltgrößte importeur im waffengeschäft. so wertvoll die sipri-daten sind, was den export/import von großwaffensystemen betrifft - für quantitative angaben zum brd-rüstungsexport insgesamt sind sie wertlos. brauchbarer für eine abschätzung des rüstungsexportvolumens sind die genehmigungswerte nach dem außen-wirtschaftsgesetz: gemäß außen-wirtschaftsverordnung, ausfuhrliste teil 1 abschnitt a ("waffen, munition und anderes rüstungsmaterial") beliefen sich die reinen rüstungsexporte der brd 1993 z.b. auf 13 milliarden dm, 1992 waren es noch 9 milliarden. werden die dual-use-güter (abschnitte b - e) hinzugenommen, so ergibt sich ein gesamtvolumen 1992 von 29 milliarden und 1993 von 40 milliarden dm; das, was die brd-rüstungsindustrie exportiert, ist somit mittlerweile mehr als das dreifache der lieferungen an die bundeswehr. damit gemäß außenwirtschaftsverordnung noch mehr exportiert werden kann, hat die cdu-/csu-fraktion insbesondere 2 änderungen durchgesetzt: im juni 94 wurden die exportbestimmungen für europäische rüstungskooperationsprojekte erleichtert; im februar 95 wurde die liste der empfängerländer, in die nicht exportiert werden darf, von 32 auf 17 staaten verkürzt, d.h.: waffenexporte der brd nach ägypten, algerien, israel etc. sind deutlich erleichtert worden.
"die in vierzig jahren gewachsenen instinkte der menschen lassen sich nicht einfach wegkommandieren." (rühe auf der 33. kommandeurtagung der bundeswehr, 14.5.92)
so wie sich anfang der 50er jahre die cdu-/csu-fraktion die aufgabe gestellt hatte, trotz skepsis und ablehnung in der brd-bevölkerung die aufstellung eigener truppen (sog. bundeswehr) durchzusetzen, was dann 1955 faktisch wurde, hat sich die cdu-/csu-fraktion anfang der 90er die aufgabe gestellt, mit hilfe einer umfangreichen folge von einzelmaßnahmen in der brd-bevölkerung eine tragfähige akzeptanz für die aktive militärische teilnahme der bundeswehr an internationalen operationen der imperialistischen staaten herzustellen - jetzt im august ist dies mit der aktiven beteiligung an den nato-kriegshandlungen in bosnien-herzegowina wirklichkeit geworden. das herstellen der akzeptanz ist ein schrittweiser prozeß, bei dem die brd-führung sehr sorgfältig darauf achtet, welche meinung die brd-bevölkerung jeweils über die verschiedenen einsatzmöglichkeiten der bundeswehr hat; auch der militärapparat läßt sich darüber ausführlich informieren - siehe z.b. die rubrik ifdt-publik der "information für die truppe - zeitschrift für innere führung". 1991 war die situation im meinungsbild die folgende: 95% befürworteten "katastrophenhilfe", 66% "blauhelmeinsätze" und 50% die beteiligung der bundeswehr an aktiven militärischen operationen der uno. als im april 92 rühe/breuer die führung im exekutiven/legilativen bereich übernommen hatten, richteten sie sich bei der zusammenstellung des ersten maßnahmebündels danach: ab mai 92 sanitätsdienstliche unterstützung der un-truppen in kambodscha im rahmen der untac-mission, ab juli 92 beteiligung der luftwaffe am transport von hilfsgütern nach sarajevo und beteiligung der marine an der überwachung des un-embargos gegen die staaten des ehemaligen jugoslawien sowie ab august 92 beteiligung der luftwaffe am transport von hilfsgütern nach somalia. die cdu-/csu-fraktion konnte diesem maßnahmebündel in der öffentlichkeit zu akzeptanz verhelfen, indem der "humanitäre" charakter der einsätze hervorgehoben wurde; für die fraktion war der marineeinsatz in der adria das wichtigste element, das ohne große widersprüche durchgesetzt werden konnte.
1993 wurde dann, aufbauend auf 1992, das 2. maßnahmebündel durchgesetzt: ab märz 93 abwurf von hilfsgütern über bosnien-herzegowina durch die luftwaffe, ab april 93 beteiligung an der durchsetzung des un-flugverbots über bosnien-herzegowina in awacs-flugzeugen und ab mai 93 beteiligung am 2. teil der unosom-operation in somalia mit 1700 soldaten. die verschiebung zu einem stärker militärisch akzentuiertem engagement ist klar erkennbar. im brd-bundestag wurde ausführlich über den awacs-einsatz debattiert - der gesichtspunkt der "bündnisfähigkeit" war für die cdu-/csu-fraktion der entscheidende argumentative hebel:
"wir müssen uns auch fragen: welches selbstwertgefühl haben die deutschen soldaten in den integrierten stäben der nato ? lesen sie dazu den bericht des wehrbeauftragten, der gerade in dieser woche veröffentlicht worden ist! er drückt sehr deutlich aus, daß sich die deutschen soldaten in integrierten stäben deshalb sehr beschwert fühlen, weil die deutsche entscheidung über die frage, tatsächlich innerhalb der nato integriert zu sein, bisher blokkiert worden ist." (breuer am 26.3.93 im brd-bundestag)
der wichtigste schritt für die cdu-/csu-fraktion 1993 war jedoch der somalia-einsatz: hier sollte der brd-bevölkerung gezeigt werden, wie unproblematisch auch der einsatz eines größeren truppenkontingents verlaufen kann. es sollte demonstriert werden, daß es für bundeswehreinsätze auch diesen umfangs keine geographische begrenzung mehr gibt. nun war bekannt, daß sich der somalische widerstand mit militanten aktionen gegen die un-truppen wehrt, um deren abzug zu erreichen - folglich stellte sich für die brd das problem, ein "befriedetes gebiet" zu finden. am 17.6.93 stellte der afrika-"experte" der fraktion, volkmar köhler (cdu), bei dessen wohnsitz wir im januar diesen jahres 2 sprengsätze deponiert haben, das problem im brd-bundestag folgendermaßen dar:
"schon am 19.2. hat z.b. die süddeutsche zeitung unter der schlagzeile 'nordsomalia gegen un-truppen' berichtet, daß es zu massenprotesten in hargeisa in erwartung der entsendung deutscher truppen gekommen sei. unter diesen umständen ist die verlegung des deutschen einsatzes nach belet uen zweifellos eine maßnahme, die der höheren sicherheit der soldaten dienlich sein konnte."
als aufgrund der situation vor ort der logistische auftrag der bundeswehr in einen "humanitären" umgewandelt wurde, gab es in teilen der brd-bevölkerung kritik: es wurde in frage gestellt, ob "dem steuerzahler" ein solcher 310-millionen-dm-beitrag zugemutet werden könne. nach dem abzug der bundeswehr aus somalia am 23.3.94 wurde am 12.7.94 vom bundesverfassungsgericht (bvg) entschieden, daß grundsätzlich out-of-area-einsätze der bundeswehr zulässig sind, sofern der bundestag mit einfacher mehrheit zustimmt. in den planungen der cdu-/csu-fraktion spielte das bvg eine wichtige rolle: das bvg ist die institution, in die die brd-bevölkerung das größte vertrauen hat. die gewissermaßen "überparteiliche" billigung der bisherigen politik ist der eine aspekt des bvg-urteils in der cdu-/csu-strategie; der wichtigere aspekt ist jedoch, daß die bundeswehr gemäß dem urteil weltweit auch an "kampfeinsätzen" teilnehmen kann, d.h.: seit 1994 ist offiziell durchgesetzt, daß die bundeswehr weltweit militärisch aktiv werden kann.

die frage für die cdu-/csu-fraktion war nun, wo der erste aktive militärische einsatz der bundeswehr stattfinden sollte. der fraktion war bekannt,daß es einen konsens im brd-parteienblock csu/cdu/fdp/spd/grüne bezüglich der notwendigkeit einer gewaltsamen einmischung der imperialistischen staaten in bosnien-herzegowina gibt. wir zitieren aus dem bundestagsprotokoll vom 17.6.93:

"carl-ludwig thiele(fdp): herr kollege breuer, können sie folgender aussage zustimmen, die der länderrat bündnis 90/die grünen am wochenende getroffen hat:'in fällen wie bosnien-herzegowina kann allerdigs nicht jeder einsatz von zwang und gewalt von vornherein ausgeschlossen werden, um im sinne einer notwehr und nothilfe das nackte überleben der menschen zu sichern. in diesem kontext kann die anwendung von zwang die konfliktparteien nicht nur davon abhalten, sich gegenseitig die köpfe einzuschlagen, sondern auch raum für eine friedliche streitschlichtung schaffen.'

paul breuer(cdu): ich kann dem vollinhaltlich zustimmen, herr kollege."

umstritten im parteienblock ist allerdings die frage, ob die "anwendung von zwang" auch durch brd-soldaten geschehen soll. umfragen ergeben ferner, daß die brd-bevölkerung in der frage, ob sich die bundeswehr an den unprofor-einheiten beteiligen soll, gespalten ist: rund 50% sind dafür, 50% dagegen. in einer anderen frage sind die mehrheitsverhältnisse jedoch eindeutig: 60% der brd-bevölkerung sind dafür, daß sich die bundeswehr an der sicherung eines unprofor-rückzugs mit tornado-kampfflugzeugen beteiligt. deshalb hielt es die cdu-/csu-fraktion für einen klugen schritt, die brd-bevölkerung auf ein aktives eingreifen auf dem balkan in der weise vorzubereiten, daß sich die bundeswehr an der nato-eventualfallplanung für einen abzug der un-truppen beteiligt - auch deshalb, weil die cdu-/csu-fraktion nato-einsätze gegenüber un-einsätzen vorzieht. diese entscheidung wurde der nato, vorbehaltlich eines endgültigen beschlusses des bundestages, am 20.12.94 mitgeteilt. gleichzeitig war klar, daß ein un-abzug die letzte option in der politik der imperialistischen staaten ist, weil sie nichts unversucht lassen wollen, um ihre pläne auf dem balkan durchzusetzen. am 3.6.95 haben die nato-kriegsminister, unter ihnen rühe, demgemäß beschlossen, die 22000 unprofor-soldaten durch eine "schnelle eingreiftruppe" zu unterstützen. mit hilfe dieses beschlusses konnte die cdu-/csu-fraktion dann im bundestag am 30.6. eine entscheidung durchsetzen, die in der tat einen "einschnitt in die deutsche außen- u. verteidigungspolitik" darstellt, wie es kohl ausdrückt: der beschluß besteht aus einer sanitätsdienstlichen komponente (feldlazarett in kroatien), einer logistischen komponente (12 transall-maschinen) und einer komponente für aktive militärische aktionen zur unterstützung der schnellen eingreiftruppe: entsendungvon 2 fernaufklärungsflugzeugen breguet atlantic, von 6 reconnaissance-tornados und insbesondere acht electronic-combat-and-reconnaissance-tornados. der bundestagsbeschluß ist weder personell noch zeitlich limitiert, stellt also eine art "ermächtigungserklärung" für den aktiven kriegseintritt der bundeswehr auf dem balkan dar.

dieser kriegseintritt der brd erfolgte anfang august, indem die tornados mit erkundungsflügen über bosnien-herzegowina begannen: mit hochgeschwindigkeitskameras werden mögliche nato-angriffsziele auf dem gebiet ausgekundschaftet, das vom serbischen militärapparat beherrscht wird. nachdem die natobomber mit ihren angriffswellen in der nacht zum 30.8. begonnen hatten, kam es dann am 1.9. zum ersten mal zu einem tornadoeinsatz parallel zu aktiven nato-aktionen.

"diese gegenreaktion der nato im auftrag der uno war dringend notwendig und überfällig. es gibt keine anderen möglichkeiten, die bosnischen serben an den verhandlungstisch zu zwingen als durch glaubwürdige militärische aktionen." (breuer im interview mit der "jungen welt" am 31.8.95)

eigentlich könnte erwartet werden, daß sich die brd-linke, zumindest ihr fundamentaloppositioneller anteil, durch diese nach 50 jahren erstmalige aktive kriegsbeteiligung des deutschen militärapparats in besonderer weise herausgefordert fühlt. daß sich die fundamentalopposition in den vergangenen jahren nicht dazu entschließen konnte, sich zu den auseinandersetzungen auf dem balkan zu verhalten, ist v.a. unter 3 gesichtspunkten erstaunlich - nicht nur wegen der geographischen nähe und langen dauer des konflikts:

1) auf dem gebiet des ehemaligen jugoslawien sind bis zum juli 95 3,7 millionen menschen zur flucht in jeweils andere landesteile gezwungen worden; in dem krieg wurden mehr als 200000 menschen getötet. als am 11.7. srebrenica und am 25.7. zepa von den truppen des generaloberst mladic erstürmt wurden, mußten 42000 bzw. 16000 muslime fliehen; als anfang august in der oluja-offensive kroatische truppen in die krajina einmarschierten, wurden 200000 menschen serbischer herkunft zur flucht gezwungen, damit tudjman den "tausendjährigen traum von großkroatien" verwirklichen kann. besonders dramatisch ist die situation in den überwiegend muslimischen enklaven, die bis heute gegen die belagerung der serbischen truppen verteidigt werden konnten: seit jahren müssen in gorazde 60000 menschen und in sarajevo 380000 menschen diesen belagerungszustand aushalten. in den letzten dreieinhalb jahren wurden in sarajevo 10000 menschen durch heckenschützen oder granaten getötet; im juni 95 sind z.b. 144 menschen dort bei serbischen angriffen getötet und 608 verwundet worden.

2) 350000 menschen, davon 300000 aus bosnien-herzegowina, sind in die brd geflüchtet - die meisten von ihnen werden nur "geduldet", d.h. alle 6 monate droht die abschiebung; die grenzen des landkreises oder bundeslandes dürfen nicht überschritten werden. obwohl sehr viele flüchtlinge hier von angehörigen oder bekannten versorgt werden und "den brd-steuerzahler" keine mark kosten, hat die regierung wiederholt versucht, gegen die flüchtlinge stimmung zu machen. kanther verkündete am 28.7., die enklaven srebrenica und zepa waren gerade erobert worden, daß die brd keine weiteren flüchtlinge aus bosnien-herzegowina in die brd lassen würde; denn "das wäre etwas, was die bevölkerung hier aufbringen würde", hatte kinkel wenige tage vorher argumentiert.

3) die politik der brd-regierung ist ganz wesentlich mitverantwortlich für die eskalation des konflikts auf dem balkan: als sich kroatien am 25.6.91 zu einem unabhängigen staat erklärte, wurde in der verfassung, die kroatien zuvor noch als eine "republik der kroaten und der serben" bezeichnet hatte, gemäß der rassistischen ideologie der tudjman-clique aus kroatien eine "republik der kroaten". in dieser situation war es die brd, die in der eg die anerkennung kroatiens am 15.1.92 durchsetzte. seit 1991 ist die brd der wichtigste verbündete der faschistoiden kroatischen regierung - abgesehen von den usa; und darin liegt der eigentliche erfolg der brd-politik: daß die usa, die der anerkennung kroatiens durch die brd zunächst sehr skeptisch begegneten, weil sie die stabilität auf dem balkan besser durch einen jugoslawischen gesamtstaat gesichert glaubten, mit der zeit die brd-position übernommen haben. wenn kroatien trotz waffenembargo in den vergangenen jahren 1,5 milliarden dm für waffeneinkäufe ausgeben konnte, dann ist das eine folge der engen finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen zusammenarbeit mit der brd/den usa. diese zusammenarbeit bedient sich teils offizieller diplomatischer kanäle, teils verdeckt operierender nachrichtendienstlicher kanäle. ein ergebnis dieser zusammenarbeit ist die reduzierung des serbischen bevolkerungsanteils in der krajina auf 3% während der oluja-offensive - nachdem die ustascha-faschisten diesen bevölkerungsanteil 50 jahre zuvor von 28% auf 14% "reduziert" hatten. die anerkennung kroatiens hatte für bosnien-herzegowina folgende konsequenz: es blieb nur die wahl, ebenfalls die unabhängigkeit zu erklären oder in einem serbisch dominierten "rest-jugoslawien" zu verbleiben. die muslimische bevölkerungsmehrheit entschied sich für die unabhängigkeit, was die serbischen nationalisten am 7.4.92 beantworteten, indem sie die "serbische republik bosnien-herzegowina" ausriefen.

angesichts dieser dramatischen vorgänge auf dem balkan und der rolle der brd darin, finden wir es erstaunlich, daß sich die widerstandslinke, beide augen fest geschlossen, im wesentlichen für nicht-verhalten entschieden hat. im vergleich zu dieser politischen abstinenz der fundamentalopposition sind tageszeitungen gezwungen, in leitartikeln und kommentaren position zu beziehen. wenn also z.b. erich rathfelder (taz) die kroatische aktion blijesak, bei der die tudjman-truppen anfang mai die serbische bevölkerung aus westslawonien vertrieben haben, mit der feststellung kommentiert, daß "sich die kroatische armee äußerst diszipliniert verhalten hat", so ist das verständlich: die taz fühlt sich der antiserbischen hetze des herrschenden parteienblocks verpflichtet. dem begegnet die "junge welt", indem sie die verbrechen des bosnisch-serbischen militärapparats verniedlicht oder schlicht leugnet: dieter fleiner setzt sich dafür ein, die vertreibung der bevölkerung aus srebrenica als "evakuierung" der stadt (das ist die ausdrucksweise des mladic) zu bezeichnen; dagegen findet er es falsch, sarajevo als belagerte enklave zu bezeichnen ("die mär von der belagerung"); wenn in sarajevo täglich menschen aufgrund von aktionen des serbischen militärapparats sterben, spricht werner pirker von einem "propagandakrieg der muslimischen militärführung, der darin besteht, 'serbische kriegsverbrechen' selbst zu inszenieren." - ganz zu schweigen von den rassistischen statements des jürgen elsässer, der es bekanntlich versteht, seine leser/innen/schaft themenunabhängig mit absurditäten der extraklasse zu beglücken.

"alles, was die internationale gemeinschaft bisher zur lösung der krise getan hat, läuft darauf hinaus, daß sich die kroatisch-muslimische föderation konföderal mit kroatien verbindet und daß man dem serbischen gebiet eine anlehnung an serbien erlaubt." kann tudjman im focus-interview (36/95) zufrieden feststellen. das hat folgenden hintergrund: die seit dem 26.4.94 in der "internationalen kontaktgruppe" organisierten imperialistischen staaten usa, rußland, gb, frk. und brd haben eine stabile machtbalance in der zukünftigen staatlichen ordnung auf dem balkan zum ziel. dieses übergeordnete ziel liegt im gemeinsamen interesse der imperialistischen staaten. im besonderen achten die imperialistischen staaten darauf, daß ihr jeweiliger bündnispartner die faschistoide ideologie in die praxis umsetzen kann, d.h.: insbesondere die usa/brd unterstützen tudjman bei der verwirklichung des großkroatischen reichs, rußland unterstützt milosevic bei der verwirklichung des großserbischen reichs. tudjman und milosevic haben sich darauf geeinigt, daß bosnien-herzegowina zwischen kroatien und serbien aufgeteilt werden soll - wie tudjman sich das vorstellt, hat er am 6.5.95 während eines diners in london auf der menükarte skizziert. die imperialistischen staaten halten die grundsätzliche einigung zwischen tudjman und milosevic für eine gute grundlage für eine stabile ordnung auf dem balkan. folglich gehen sowohl der von der kontaktgruppe am 5.7.94 vorgelegte plan als auch der gegenwärtig diskutierte holbrooke-plan von einer zweiteilung bosnien-herzegowinas aus.

"von einem britischen spitzenpolitiker wird der satz kolportiert, den viele seiner kollegen insgeheim unterstützen: 'wer will eigentlich einen muslimischen staat mitten in europa?!' " (süddeutsche zeitung, 8.8.95)

aufgrund des weltweiten antiimperialistischen kampfes von revolutionär-islamischen gruppen haben die imperialistischen staaten auf dem balkan darauf hingewirkt, daß dort kein selbständiger und zur selbstverteidigung fähiger staat entsteht, der eine mehrheitlich muslimische bevölkerung hat. als im vorigen jahr alija izetbegovic in der zeitung el-schaab die "kultur des westens" scharf angegriffen hat, war die aufregung bei den westlichen imperialistischen staaten schon groß genug. damit solche tendenzen zurückgedrängt werden, haben insbesondere die usa und die brd schritte unternommen, die auf eine abhängigkeit der bosnischen muslime vom großkroatischen reich hinwirken. die westlichen imperialistischen staaten unterstützen es vollkommen, wenn tudjman in focus 36/95 erklärt:

"die kroatisch-muslimische föderation ist im interesse der muslime, weil sie nur durch die anlehnung an kroatien fortbestehen können, und im interesse von kroatien, weil ein überwiegender teil bosniens in der geschichte geopolitisch zu kroatien gehörte. es wird verhindert, daß sich auf diesem gebiet der konflikt zwischen islam und westlicher zivilisation zuspitzt."

die usa/brd haben 1994 dafür gesorgt, daß die kroatischen truppen den im sommer 93 begonnenen krieg gegen die bosnischen muslime beendet haben. im vertrag von washington (18.3.94) wurde ferner die föderation der bosnischen muslime mit dem von den bosnisch-kroatischen truppen kontrollierten teil bosnien-herzegowinas gegründet und festgelegt, daß diese föderation später eine konföderation mit kroatien bilden soll. die fraktion des bosnisch-muslimischen establishments, die für eine enge zusammenarbeit mit kroatien plädiert und deshalb die unterstützung der usa/brd genießt, wird von silajdzic angeführt. ein gefahrenmoment für die pläne der imperialistischen staaten liegt darin, daß sich diese fraktion nicht durchsetzt. das zweite gefahrenmoment liegt im verhalten der "serbischen republik bosnien-herzegowina" der karadzic-mladic-clique. deren truppen beherrschen 70% bosnien-herzegowinas; der kontaktgruppenplan wurde am 3.8.94 vom pale-regime abgelehnt. während das erste gefahrenmoment eher potentieller natur ist (aufgrund des mangels an panzerabwehrwaffen und weitreichender artillerie haben die bosnischen muslime nicht die möglichkeit, unabhängig von kroatien eigene erfolgversprechende militärische schritte durchzuführen), stellt das militärische potential der bosnisch-serbischen truppen die imperialistischen staaten vor einige probleme; insbesondere auch deshalb, weil die usa/brd aus innenpolitischen gründen eine intervention mit bodentruppen möglichst vermeiden wollen. da ein abzug der unprofor nicht nur eine verheerende politische niederlage für die imperialistischen staaten, sondern auch noch mit dem intensiven einsatz von bodentruppen verbunden wäre, wurde sich für ein vorgehen entschieden, bei dem 3 komponenten erkennbar sind (die folgenden ausführungen machen exemplarisch deutlich, wie imperialistisches krisenmanagement funktioniert):

a) begrenzung des konflikts auf bosnien-herzegowina: die imperialistischen staaten gehen davon aus, daß eine stabile regelung nur bei maximaler zufriedenheit der herrschenden faschistoiden cliquen in zagreb und belgrad erreicht werden kann; folglich wurde vereinbart, daß kroatien in westslawonien (anfang mai) und in die krajina (anfang august) einmarschiert; auf diese weise wurden die direkt zwischen kroatien und serbien umstrittenen gebiete auf ein minimum (ostslawonien) reduziert. gemäß dem prinzip der "ethnischen säuberung" führte dies zu einer der größten vertreibungsaktionen während des gesamten balkankonflikts überhaupt.

b) änderung des kontaktgruppenplans: der holbrooke-plan zur teilung bosnien-herzegowinas sieht vor, daß die mehrheitlich muslimischen enklaven srebrenica, zepa und gorazde von der landkarte verschwinden. deshalb haben die imperialistischen staaten es den bosnisch-serbischen truppen erlaubt, srebrenica (11.7.) und zepa (25.7.) zu stürmen. daß die un, die zuvor die beiden städte zu "schutzzonen" erklärt hatten, diesen vorgang und die damit verbundenen vertreibungen bosnischer muslime hingenommen haben, sorgte weltweit für wut und empörung; für die regierungen der länder mit muslimischer bevölkerungsmehrheit, die eng mit den imperialistischen staaten zusammenarbeiten (marokko, ägypten, jordanien, türkei, saudiarabien etc.), wurde das zu einem problem: sie gaben vollmundige erklärungen ab, deren heuchlerischer charakter jedoch zu noch mehr druck von unten führte. die imperialistischen staaten haben die brisanz des problems schnell erkannt und am 21.7. auf der londoner konferenz, während zepa gleichzeitig kurz vor der kapitulation stand, der karadzic-clique signa-

lisiert, daß gorazde doch nicht erobert werden darf. die un haben der umma, d.h. der zu gegenseitigem beistand verpflichteten gemeinschaft aller muslime weltweit, erneut demonstriert, daß sie ein instrument der imperialistischen staaten sind. die tatsache, daß die imperialistischen staaten der muslimischen bevölkerung in bosnien-herzegowina das recht auf selbstverteidigung verweigern, wird in der zukunft weitreichende konsequenzen haben.
c) schrittweise militärische eskalation, um den bosnisch-serbischen militärapparat zur annahme des neuen friedensplans zu zwingen: als am 25.5. nato-kampfflugzeuge bei pale einen bombenangriff durchführten, reagierten die mladic-truppen mit dem beschuß der mit muslimischen flüchtlingen überfüllten stadt tuzla (71 tote). diese eskalation und auch die gefangennahme von fast 400 "blauhelm"-soldaten als serbische reaktion auf erneute bombenangriffe bei pale wurde von den imperialistischen staaten bewußt in kauf genommen. die am 3.6. in paris beschlossene eingreiftruppe führt zusammen mit nato-bombern seit dem 30.8. einen angriff nach dem anderen auf objekte des bosnisch-serbischen militärapparats durch - mit beteiligung der bundeswehr. was diese "chirurgischen eingriffe" für die bevölkerung in den angriffsgebieten bedeuten, dürfte allen klar sein.
"es gibt keinen grund, irgendein land und irgendeine region aus dem antiimperialistischen kampf deswegen auszuschließen oder auszuklammern, weil die kräfte der revolution dort besonders schwach, weil die kräfte der reaktion dort besonders stark sind." (rote armee fraktion, april 71)
wenn der brd-staat 18 jahre nach der entführung des schleyer/der lufthansamaschine landshut am 29.8 den prozeß gegen sieglinde hofmann eröffnet, gleichzeitig monika haas mit einem prozeß bedroht und von norwegen die auslieferung von souheila sayeh verlangt, so geschieht dies nicht deshalb, weil es für den brd-staat von besonderem interesse wäre, wie die einzelnen, denen von der baw vorgeworfen wird, an der aktion beteiligt gewesen zu sein, heute die politische qualität des angriffs von 1977 bewerten. nicht einmal die beurteilung des angriffs 1982 durch die raf (mai-papier) ist für den brd-staat von besonderem interesse. es geht vielmehr darum, daß die aktion immer wieder neu in schauprozessen in erinnerung gerufen und "verurteilt" wird. dies hängt mit der politischen brisanz der beiden entführungen zusammen: einige militante, organisiert in der metropolenguerilla der brd, entführen schleyer - ein trikontinentales kommando greift ein, setzt sich in beziehung zur aktion in der metropole und entführt die landshut nach mogadischu. die legitimation des antiimperialistischen kampfes wird exemplarisch deutlich: wenn einige wenige militante in der brd aktionen durchführen, ist das nicht eine auseinandersetzung des brd-staats mit einzelpersonen, sondern ein frontabschnitt im internationalen kampf um befreiung. einen teil unserer erklärungen haben wir mit "antiimperialistische widerstandszelle nadia shehadah" unterzeichnet - u.a. deshalb, weil wir auf die bedeutung der aktion, an der nadia shehadah beteiligt war, hinweisen wollten.
im internationalen antiimperialistischen kampf sind zur zeit revolutionär-islamische und kommunistische gruppen führend. der kampf ist in der weise eskaliert, daß diese gruppen aktionen auch in den metropolen des imperialismus durchführen; in der brd sind dies die aktionen der kurdischen genoss/inn/en. leider ist es nun so, daß die brd-linke und diejenigen, die weltweit kämpfen, einander fremd sind. und natürlich war es in mehrfacher hinsicht reichlich euphemistisch, wenn wir uns in unserer ersten erklärung (22.4.92) als "teil des widerstands in der brd" bezeichnet haben. viele in der brd-linken verweigern, weil sie bestimmte aktionsformen nicht nachvollziehen können, die genaue auseinandersetzung mit denjenigen, die in der brd kämpfen. wieder andere aus der brd-linken suchen nur nach gelegenheiten, sich distanzieren zu können - das ist keine gute voraussetzung für gegenseitige kommunikation. ein eklatantes beispiel für "nicht-kommunikation" ist das interview, das die "junge welt" mit mahmut colak, dem sprecher des hungerstreikkomitees berlin, geführt hat: "jw: es gibt den vorwurf von deutschen antifaschist/inn/en, die pkk habe mehr mit der 'nationalistischen front' gemeinsam als mit linken gruppierungen. mahmut: wo haben wir was gemeinsam mit den rechtsextremisten? jw: im punkt nationalismus. mahmut: die linken hier sollen erst mal präsentieren, was sie besser machen wollen. wer mir vorwirft, keine zukunftsperspektive zu haben, soll mir seine eigene zeigen."
auch in situationen, in denen es absolut notwendig wäre, daß sich die brd-linke positiv verhält, verhindert das gegenseitige unverständnis jede weiterführende entwicklung. dies wird besonders deutlich bezüglich der politischen gefangenen: so wie sich die frz. linke damit auseinandersetzen muß, daß die mehrheit der politischen gefangenen in frankreich maghrebinischer herkunft ist und aus dem islamischen widerstand kommt, wird es auch für die brd-linke langsam zeit, zu realisieren, daß die mehrheit der politischen gefangenen in der brd kurdischer herkunft ist und aus dem kommunistischen widerstand kommt.
trotz der situation des gegenseitigen unverständnisses, die uns bekannt ist, halten wir es für wichtig, das zum ausdruck zu bringen, was wir für objektiv notwendig und richtig halten.
in diesem sinne:

- die brd-eliten aus politik und wirtschaft mit dem antiimperialistischen kampf dort konfrontieren, wo sie wohnen/arbeiten - als antwort auf ihre beteiligung an der kriegsführung imperialistischer staaten !

- gegen die nato-kriegsaktionen in bosnien-herzegowina - für das selbstverteidigungsrecht der muslime ! gegen die einmischung der imperialistischen staaten auf dem balkan - für den sofortigen abzug der uno- und nato-truppen !

- mit militanten aktionen die brd als wichtigsten bündnispartner des türkischen regimes permanent unter druck setzen - für eine politische lösung des kriegs in kurdistan gemäß den vorschlägen der pkk !



solidarische grüße an sieglinde hofmann und christian klar !

antiimperialistische zelle

CHRISTIAN KLAR, GEFANGENER AUS DER RAF, SEIT 1.9. IM UNBEFRISTETEN HUNGERSTREIK FÜR ANGEMESSENE KOMMUNIKATIONSBEDINGUNGEN:

**"FÜR DIE AUFHEBUNG ALLER BESUCHSVERBOTE;
FÜR DIE ZULASSUNG VON BIS ZU DREI PERSONEN BEI BESUCHEN, WIE ES HIER ALLGEMEIN ÜBLICH IST;
FÜR DIE AUFHEBUNG DES TELEFONVERBOTS;
FÜR DIE ACHTUNG MEINES RECHTS AUF BRIEFKONTAKTE."**

hungerstreikerklärung von christian klar

es gibt eine ganze reihe von problemen, die ein gefangener aus eigener kraft lösen kann. wenn ein minimum an bewegungsfreiheit innerhalb eines knastes oder eines flügels existiert, die zusammensetzung der gefangenenbelegung nicht völlig manipuliert werden kann (also anders als in kleinen abteilungen oder "wohngruppenvollzug"), findet sich immer eine spur von beziehungen, die zu solidarischem handeln entwickelt werden kann. da ist ein boden, auf dem ein kampf gegen die erniedrigung und gegen die unzähligen restriktionen des "knastalltags" aus eigener kraft aufgenommen werden kann und auch zu positiven erlebnissen führt.
der alptraum beginnt da, wo der knast bzw. die übergeordneten behörden die weitergehende oder vollständige absonderung anordnen (wie hier in bruchsal, seit nun bald einem halben jahr bei ivan jelinic) oder wo sie die isolierung nach draußen zuspitzen (durch die besuchbedingungen, besuchsverbote, postzensur) oder wo sie erkrankungen von gefangenen gezielt zur schwächung der widerstandskraft ausbeuten (durch verschleppung oder verweigerung angemessener medizinischer behandlung).
und natürlich gehört dazu die doktrin, gemeinsame unterbringung der politischen gefangenen zu vereiteln.
hungerstreik ist eine kampfform, die die brücke nach draußen sucht. es ist der kämpferische vorschlag, für eine zeit und für ein konkretes ziel die kräfte zusammenzutun.
vergangenen freitag habe ich den folgenden zettel zur anstaltsleitung gegeben:

> *"1.9.1995*
> *ab heute bin ich im unbefristeten hungerstreik für die aufhebung aller verhängten besuchverbote;*
> *für die zulassung von bis zu drei personen bei besuchen, wie es hier allgemein möglich ist;*
> *für die aufhebung des telefonverbots;*
> *für die achtung meines rechts auf briefkontakte."*

zu den besuchsverboten:
die wurden verhängt gegen:

> *günter sonnenberg,*
> *bernd meyer (ein ehemaliger gefangener, der nach der knastrevolte 1990 in fulhsbüttel nach bruchsal zwangsverschubt wurde und 1994 entlassen worden ist),*
> *irmgard möller,*
> *lutz taufer,*
> *manuela happe,*
> *stefan wisniewski (das betrifft einen antrag auf "besuchszusammenführung", im zuge eines transports, der stefan nach baden-württemberg führen würde).*

die besuchsverbote wurden jeweils damit begründet, dass die besuche "schädlichen einfluß" auf den gefangenen haben würden, der dem "vollzugsziel" entgegensteht.

zur zensur:
ich kenne eine absolut zerstörende zensurpraxis aus den jahren 82 bis 89. nach dem hs im jahr 89 veränderte sich die sache zum besseren, nun kehrt es sich seit einer weile wieder um, neben unzähligen "wilden" postanhaltungen (nach tageslaune des zensors), sind hier auch schwerpunkte festzustellen:
nachdem eine gefangene aus action directe versuchte, einen briefwechsel zu beginnen, wurde jeder politische text aus der diskussion der gefangenen in frankreich angehalten, ein zweiter schwerpunkt liegt auf der behinderung der diskussion mit genossen in berlin, die sich stark für eine auseinandersetzung um die deutschnationalen strömungen (auch in der linken) einsetzen.

christian klar, bruchsal, 3.9.1995

INFOCAFÉ KASSIBER:
VERANSTALTUNG ZUM HUNGERSTREIK VON CHRISTIAN KLAR
AM DONNERSTAG, DEM 28.9., UM 20 UHR IM X-B-LIEBIG,
LIEBIGSTR. 34, FRIEDRICHSHAIN

Erklärung zum Hungerstreik von Christian Klar

"Hungerstreik ist eine Kampfform, die die Brücke nach draußen schlägt."

Seit Freitag, dem 1.9., ist Christian Klar, Gefangener aus der RAF seit 1982, im unbefristeten Hungerstreik, um eine Veränderung seiner Haftbedingungen durchzusetzen; Haftbedingungen, denen er seit Jahren ausgesetzt ist und die gerade in den letzten Monaten stark verschärft wurden. Nach jahrelanger Einzelisolation wird das Programm, das auf die physische und psychische Desintegration des/der Gefangenen zielt, modifiziert fortgeführt: innerhalb des Knastes heißt das Sonderhaftbedingungen innerhalb des "Normalvollzuges"; nach draußen, wie gehabt, Postzensur, Überwachung, Besuchseinschränkungen und -verbote.
Mehrere politische Gefangene hatten in den letzten Monaten deutlich gemacht, daß es ihnen aktuell um die Kommunikationsbedingungen geht. So schrieb die politische Gefangene Hanna Krabbe, die seit 20 Jahren inhaftiert ist: "Wir kriegen eine politische Diskussion aber nicht in Gang ohne Stoffwechsel mit draußen. Ohne daß draußen zu sehen ist, wie es in den Knästen wirklich ist. Ohne daß wir überhaupt mal reden können, Neues aufnehmen. Also brauchen wir ungehinderte, längere Besuche ohne politische Zensur."
Die Forderungen für die Veränderung seiner Situation, die Christian mit seinem Hungerstreik durchsetzen will, machen deutlich, wie existenziell zugespitzt die Situation der Gefangenen aus der RAF ist. Die Gefangenen sind, das vermitteln allein schon die Haftbedingungen, die er mit seinem Hungerstreik angreifen will, nach wie vor Geiseln des Staates. Das gilt insbesondere für Christian, der in der Öffentlichkeit als besonders unbeugsam und staatsfeindlich dargestellt wurde und wird - auch von Linken. So sollen die Bedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, Christian und andere politische Gefangene zu zerstören.
Die Beschlagnahmung der Hungerstreikerklärung von Christian sollte verhindern, daß sein Kampf die Brücke nach draußen schlägt, die notwendig ist, seine Forderungen durchzusetzen. Öffentlichkeit ist zentral für alle Gefangenen, denn die Behörden rechnen darauf, daß die Schweinereien hinter den Mauern, für die sie die Verantwortung tragen, nicht öffentlich werden. Und alle spielen mit: Christians Erklärung wurde bisher nirgendwo dokumentiert.
Die Ursache für dieses Nichtverhalten nicht nur der linken Medien liegt aus unserer Sicht darin, daß alle wissen, daß es in diesem Land nach wie vor politische Gefangene gibt, die mit Kronzeugenprozessen wie aktuell gegen Sieglinde Hofmann, mit jahrzehntelanger Sonderhaft wie gegen Hanna Krabbe, mit Verweigerung der medizinischen Versorgung wie gegen Heidi Schulz und eben mit dem Abschneiden der Kommunikation wie gegen alle und besonders scharf gegen Christian, lebendig begraben werden sollen.
Sie wissen es, aber dieses Wissen stört: Es sagt etwas aus über die Realität der BRD im Jahre 5 nach der Wiedervereinigung.
Christians Hungerstreik fordert dazu auf, gerade weil es um Minimalforderungen zum Überleben geht, Verantwortung zu übernehmen, um seine Forderungen durchzusetzen.
Seit Monaten versuchen zwei Genossen aus unserer Gruppe, eine Diskussion mit Christian zu führen. Ausgangspunkt war die Diskussion um die antinationale/ antideutsche Mobilisierung zum 8. Mai; es ging und geht uns aber nicht nur um die Vermittlung von Diskussion von draußen nach drinnen. Für uns sind die revolutionären Gefangenen ein Teil in der Auseinandersetzung darum, wie hier revolutionärer Widerstand rekonstruiert werden kann.
Die Diskussion zwischen Christian und uns kam nie zustande. Nicht nur, daß Papiere und Briefe von und an ihn nicht durchkommen oder so lang brauchen, daß eine wirkliche Diskussion, die Kontinuität zur Bedingung hat, nicht möglich ist: Für uns ist klar, daß jede politische Kommunikation zwischen drinnen und draußen die Veränderung der Bedingungen beinhalten muß - und darin ist auch die Freiheit für die politischen Gefangenen nichts abstraktes mehr, sondern konkrete Notwendigkeit.
In seiner Erklärung schreibt Christian jetzt, die Unterbindung der Kommunikation zwischen uns sei ein deutlich feststellbarer Schwerpunkt in der Anhaltepraxis der zuständigen Behörden.
Wir machen uns keine Illusionen: Die Diskussion, um die es uns geht, liegt nicht im Interesse der Sicherheitsbehörden. Sie ist weder darauf ausgerichtet, eine Diskussion zur Abwicklung systemoppositioneller Politik der letzten 25 Jahre zu führen, noch darauf, Christian zum Abschwören von seinen Überzeugungen zu bringen.
Wir denken aber, daß die Diskussion gegen den Apparat durchzusetzen ist, denn auch die, die mit uns politisch nichts zu tun haben wollen, müssen erkennen, daß es ihr eigenes Interesse ist, die Forderungen gegen Zensur und für freie politische Kommunikation zu unterstützen.
Die Verhinderung einer politischen Auseinandersetzung hat viele Ebenen; sie beginnt bei der Schere im Kopf und geht über die Selbstgleichschaltung auch der linken Medien hin zu den Beschlagnahmen von Briefen. Wir setzen dagegen: Politische Kommunikation ist ein Wert, der nicht nur für die politischen Gefangenen und nicht nur für Christian existenziell ist. Gerade im Sommer wurden vier Genossen verhaftet, weil ihnen die Organisierung einer solchen Kommunikation vorgeworfen wird, die immer dann kriminalisiert wird, wenn sie die Kneipentische und WG-Küchen verläßt und öffentlich wird.

Deshalb,
und weil es um das einfachste Menschliche geht, was gegen den Apparat durchgesetzt werden muß und kann,
weil wir die Zerstörung der gefangenen Genossinnen und Genossen auch in unserem eigenen Interesse beenden müssen,
gegen die Brutalität der Vereinzelung drinnen und draußen,
werden wir in den kommenden Wochen alles in unseren Möglichkeiten stehende tun, um Christians Hungerstreik zu unterstützen.

ak kassiber berlin, 14.9.95

kontakt: c/o infoladen daneben, liebigstr. 34,10247 berlin
visdp c. zellen, 10115 berlin

Freie Radios durchsetzen!

Unbestritten ist wohl, daß seit der Zerschlagung von DT 64 und dem Putsch bei Radio 100 kein brauchbares Hörfunkprogramm in Berlin existiert. Das alleine ist schon ziemlich fürchterlich, aber nicht der Grund , warum wir mit dem folgenden Text eine Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen nichtkommerziellen Rundfunks bzw. freien Radios eröffnen wollen. Wichtiger erscheinen uns Aspekte wie Gegenöffentlichkeit und Akzeptanz linker Publikationen oder das Auseinanderdriften von Polit- und Kulturszene.

Interim, Swing, Bahamas und Wildcat, Arranca oder Antifa-Infoblatt, Die Beute oder 17° Celsius - wer kennt sie alle, wer hat's gerafft und weiß wo's langgeht ??

Der Schokoladen oder Supermolli, K.O.B., Köpi, Thommy-Weißbecker-Haus, Eimer, KDW, Lychi oder Tacheles und unzählige andere, wer kennt sich aus in den Szene-Läden und wer hat noch Überblick über die Subkultur ??

Anti-Olympia-Komittee oder die Initiative „Wir bleiben alle", die Antirassistische Infokette Ostkreuz oder die B.I.S.S. - gibt's die eigentlich noch? Was ist los mit den vielen Schwulenprojekten, Fraueninis und anderen linken Polit-Projekten? Oder mit den Gruppen AK Kraak, Eisenstein, Autofocus oder Filmriß ?

Alle linken und subkulturellen Projekte oder Gruppen wursteln in mehr oder weniger kleinen Löchern vor sich hin, nur wenige sind nach außen hin sichtbar oder miteinander vernetzt, untereinander findet kaum oder fast kein Austausch statt.

Wahrscheinlich ist es auch nicht gerade Zufall, daß es kein gemeinsames, kiezübergreifendes Forum für subkulturelle und linke politische Strömungen im Neu-Berlin gibt, welches in den letzten Jahren auf beiden Seiten der Mauer völlig veränderten Bedingungen ausgesetzt ist, als in den inzwischen schon legendären 80er Jahren, in die sich so viele zurückwünschen.

Auch wenn der Zustand völlig verkürzt beschrieben ist: kulturelle Opposition und politische Initiativen in der Linken haben sich - nicht nur in Berlin - immmer weiter auseinanderentwickelt. Selbst ausschließlich politisch arbeitende Gruppen beziehen sich kaum noch aufeinander oder kennen sich vielleicht gar nicht. Zudem ist der Kampf der Projekte untereinander meist wichiger als gemeinsames Zugehen auf eine größere Öffentlichkeit.

Dabei existieren viele durchdachte, wichtige und lustige Ansätze in der Linken, aber weder sind sie für die Öffentlichkeit sichtbar noch für speziell Interessierte oder sogar am gleichen Thema Arbeitende.

Existierende Diskussionsforen wie autonome VV's oder die Interim sind längst zu Selbstdarstellungs-Schauplätzen verkommen, in denen nur Positionen dargestellt werden ohne zum Ziel einer gemeinsamen Grundlage und zu Entscheidungen zu kommen. Eine kleine Ausnahme bilden da vielleicht noch die Aktionen, die zu aktuellen Ereignissen laufen - ganz getreu dem Prinzip Feuerwehrpolitik.

Raus aus der Defensive - rein ins Vergnügen!

Eines können wir der Linken schon zugute halten: Sie ist in der Lage, ihre Positionen zu artikulieren und schafft es auch immer wieder, eigene Medien in Form von Flugblättern oder Zeitungen auf die Beine zu stellen. Allerdings muß gesagt werden, daß eine gewisse Unsensibilität gegenüber gesellschaftlichen Prozessen nicht zu übersehen und daß die Fähigkeit, andere Meinungen und Sichtweisen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen nicht besonders ausgeprägt ist.

So ist es auch kein Zufall, daß linke Medien zunehmend zu Verlautbarungsorganen bestimmter politischer Fraktionen verkommen (z.B. 17°C).

Bedauerlicherweise ist eine solche Entwicklung nicht nur Ausdruck des Niedergangs einer Bewegung, sondern eben auch ein Katalysator dessen.

Natürlich gibt es auch noch positive Beispiele: Mit leichten Abstrichen halten wir die Zeitschrift „Die Beute - Politik und Verbrechen" als Versuch aus der Polit-Szene heraus oder den „Wahrschauer", der nicht nur die „eigene" Subkultur ohne Rahmen und Zusammenhang diskutiert, als wichtige und vielversprechende Projekte in dieser Hinsicht.

Dennoch: wir denken, daß „Gegenöffentlichkeit" nur in zwei Extremen wahrgenommen wird:

1. als interner Diskussionszirkel von Leuten, die sowieso „das Gleiche denken".
2. durch Angehen „bürgerlicher", etablierter Medien, indem überlegt wird, wie dort bisher unterdrückte eigene Inhalte möglichst originalgetreu rübergebracht werden können.



Dabei gibt es eine Menge linker Medien, die Möglichkeiten in Hülle und Fülle bieten. Doch die erreichen eben noch nicht einmal die eigene Szene einigermaßen vollständig.

Wie ein Vogel so frei,mit dem Bauch voller Blei

Eine echte Alternative wäre ein freies Radio für Berlin. Das ist sowohl ein geeignetes und vor allem sehr schnelles Medium, um politischen Gruppen ein Forum zu bieten, als auch in der Lage, eine Menge kultureller (d.h. natürlich auch musikalischer) Strömungen zu präsentieren. Radio bedeutet eben nicht nur Wort, sondern auch Ton, Musik, Geräusch und miteinander kommunizieren.

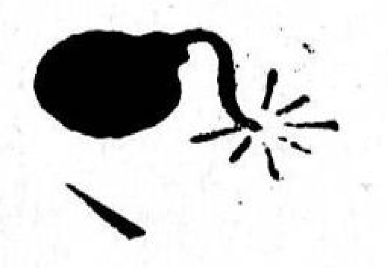
Das Medium Radio besitzt für unsere Begriffe die geniale Möglichkeit, schnell aktuelle Meldungen zu bringen, die z.B. ganz spontan im Sendebetrieb untergebracht werden. So braucht man/frau eben nicht erst meterweise Literatur und Zeitungen wälzen, um zu wissen was los ist. Ganz zu schweigen von der viel größeren Öffentlichkeit, die ein Radio erreichen kann.

Diskussionen, die in einem freien Radio stattfinden, finden auf einer breiten Basis statt. Zuerst einmal können sich viel mehr Menschen tatsächlich auch in eine Diskussion „einschalten", außerdem sind die AutorInnen von Beiträgen auch dazu gezwungen, sich wirklich bewußt mit einem größeren InteressentInnen- oder HörerInnenkreis auseinanderzusetzen. So manch besonders radikale These stünde dann erst noch einmal auf dem Prüfstand, denn sie müßte dann eben auch viel besser verteidigt werden, als in so manchem meist oberflächlichen Flugblatt oder Beitrag. Dadurch bekäme eine solche These aber auch wieder viel größere Relevanz, worüber sich wohl kaum eine politisch gesinnte Person beschweren könnte!?

Aus dem Untergrund ans Licht der Öffentlichkeit

Das Ziel eines Freien Radios wäre ein spaßiges, aktuelles und interessantes Radioprogramm, das einerseits konsumierbar sein soll und andererseits konstruktive gegenseitige Kritik und Auseinandersetzung innerhalb der Linken ermöglicht. Ein verstärktes „Wieder-Aufeinander-Bezug-Nehmen" wäre eine unserer wichtigsten Vorstellungen. Das alles soll natürlich in größtmöglicher Öffentlichkeit geschehen! Das beinhaltet möglicherweise auch ein ständiges neues Hinzukommen von weiteren Gruppierungen, die nicht aus dem Szene-Dunstkreis stammen. Die Darlegung der eigenen Position gegenüber einem größeren HörerInnenkreis durch das Medium Radio, also nicht das Steckenbleiben im „Szene-Sumpf" bietet also die Möglichkeit, linke politische und subkulturelle Ansätze einem größeren Publikum zugänglich zu machen und mehr Leute und Gruppen einzubeziehen.

Also: rein ins Vergnügen!!





In der Zeit vom 6.- 8.Oktober 95 wird, diesmal in Berlin, das jährliche Hörfestival des „Bundesverbands Freier Radios" (BFR) stattfinden. Ausgestaltet wird es diesmal vom LFR, dem Berliner Landesverband (scheußlicher Name!). Dieser ist ein im Sommer'94 gegründeter Zusammenschluß verschiedener Radioinitiativen aus der OK- und Piratenpraxis, mit dem gemeinsamen Ziel ein Neues, Alternatives Radio in Berlin zu etablieren.

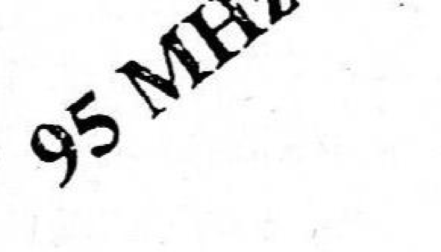
Zur Zeit wird von einer Gruppe von Leuten aus verschiedenen Klubs und Kneipen und dem LFR versucht eine Art Rahmenprogramm aus diversen Konzerten, Filmvorführungen und anderen Veranstaltungen zu organisieren. Eine Festivalzeitung soll erscheinen, über den Erwerb einer 24stündigen Modellfrequenz bei der MABB wird nachgedacht. Neben dem Versuch, mittels solch einem Festival (neben anderen Aktionen) politischen Druck und Öffentlichkeit zu erzeugen, wollen wir auch interessierten Gruppen (bzw. Gruppen die dadurch interessiert werden) einen Ansatz für Zusammenarbeit anbieten!

Hört, macht, unterstützt!



Wenn Ihr mitmachen oder uns unterstützen wollt, gibt es folgende Möglichkeiten:
- Klinkt Euch in den Landesverband Freier Radios mit ein.
Treffen: Jeden zweiten Mittwoch 18 Uhr, bei Klangwerk in der Rungestr 20 (U/S Jannowitzbrücke), Tel.: 308 676 10, Fax: 308 676 91, das Telefon ist tagsüber ständig erreichbar

Nicht vergessen: Jeden Montag 19 Uhr Radio P einschalten auf 95 MHz !!!!!
(VERGESST ES, SOMMERLICHE SENDEPAUSE!)



Burn : Berliner Unabhängige Radio Nächte.

Das Burnfestival soll die Idee mit dem Radio in die Köpfe der Leute bringen und gleichzeitig anhand des Spektakels zeigen, welche Klangfarbe unser Radio haben wird --- daß es bunt es bunt ,laut und klasse werden wird.
Wir denken ein Festival zu machen ist nicht die schlechteste Art an diejenigen heranzutreten, die wir von der Radioidee begeistern wollen - Freies Radio kann und soll nämlich kein elitäres Häufchen alleine machen - und gleichzeitig in Richtung derer, die die für uns entscheidenden Fäden in der Hand haben (Medienanstalt, Politiker usw.) öffentlichkeitswirksam zu sein.

Die zentrale Veranstaltung des BURN-Festivals wird das Hörfestival des Bundesverbandes Freier Radios sein (der Bundesverband Freier Radios ist ein loser Zusammenschluß von Freien Radios und solchen die es werden wollen aus der ganzen BRD). Beim Hörfestival werden Sendungen gehört, ausgetauscht und besprochen sowie die Situation Freier Radios in den verschiedenen Bundesländern bequatscht. Überall in den Innenstadtbezirken sollen gleichzeitig kulturelle Veranstaltungen stattfinden, die sich thematisch in den Rahmen des Hörfestivals, bzw. der Freien Radio Idee stellen. Darüber hinaus soll eine Veranstaltungsfrequenz gemietet werden, auf der wir einige dieser Sendungen übertragen wollen - den musikalischen Teil des Programms übernehmen die Bands.
Wir hoffen, daß dabei zwischen den Bands, Veranstaltungsorten etc., die mitmachen und den bisherigen Radioleuten ein Kontakt entsteht. Wahrscheinlich kommt eh in der Vorbereitungsphase inhaltlich am meisten rüber, nämlich an die, die mitmachen und wissen wollen wobei sie da eigentlich mitmachen - siehe ihr, die ihr gerade den BURN-Reader in der Hand habt.

Warum BURN! zu diesem Zeitpunkt und überhaupt...

... und überhaupt warum ?

Wir haben es im vergangenen Jahr geschafft, aus dem Quark zu kommen und uns als verschiedene herumdümpelnde Radioinitiativen Berlins zu einem "Landesverband" zusammenzuschließen. Wir waren alle etwas frustriert vom Versickern unserer Messages am Offenen Kanal oder vom Streß illegaler Handlungen im Piratenalltag bei geringer Wirkung. Jetzt wollen wir mit vereinten Kräften versuchen auf irgendeine Weise die Durchsetzung einer Frequenz oder wenigstens einer Fenstervariante zu erreichen und haben jetzt noch den Elan und die Motivation für diese Geschichte herumzuwirbeln.

Auf der Suche nach Möglichkeiten der Schaffung eines neuen alternativen Radios für Berlin, haben wir uns die verschiedenen Realisierungsmöglichkeiten vorgenommen. Ziemlich schnell war klar, auch nach Betrachtung von Radio 100s Abgang, daß Alternativer Rundfunk auf kommerzieller Privatfunkbasis nicht funktioniert. Sich in den Einschaltquotenkrieg - unter den von den Privaten vorgegebenen Regeln und Maßstäben (z.B. die herrschenden Vorstellungen von Qualität und Professionalität) - um Werbekunden zu begeben kommt für uns nicht in Frage. Das Projekt würde unweigerlich mit einem glatten, gruseligen Programm und dann mit dem Konkurs enden! Zum anderen verstehen wir Radio nicht als Tummelplatz für Unternehmer oder als originelle Geldanlagemöglichkeit. Staatsferne war eh klar.
Also fiel unser Blick auf die Modelle des freien nichtkommerziellen Lokal und Regionalfunks die in Frankreich, der Schweiz und in einigen Gegenden der Bundesrepublik bereits existieren. Spannend war für uns unter Anderem die Frage der Finanzierung. Da sind z.B. „Radio Dreyecksland“ in Freiburg und „Radio Lora“ in Zürich - die beiden ältesten Freien Radios im Deutschsprachigen Raum. Beide finanzieren sich über Vereine wo jedes Mitglied einen (recht happigen) Jahresbeitrag abzulöhnen hat. Also eine Art Abo. Dieses Modell, so unabhängig es die Radios auch macht, so anfällig ist es auch! Beide Stationen haben ziemliche Geldsorgen, ... Wir glauben nicht so richtig an die langfristige Finanzierung eines Berliner Radios nur auf diesem Weg.

Ein anderes Modell, das uns schon mehr zusagt bzw. realistischer erscheint, wird seit über 10 Jahren in Frankreich praktiziert und ist seit Anfang 95 in Niedersachsen zumindest gesetzlich manifestiert. In Baden -Württemberg z.T. auch. Hierbei erhalten nichtkommerzielle Lokalfunker anteilig Rundfunkgebührenkohle und prozentuale Anteile an den Werbeeinnahmen der Privaten.

Wir glauben, daß wenn sich in Berlin in Bezug auf Medien etwas bewegen läßt, dann jetzt bzw. in der nächsten Zeit:
Im Oktober sind Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und wir wollen die erhöhte Aufmerksamkeit der Parteien und Medien in der Wahlkampfzeit ausnutzen um eine Änderung des Landesmediengesetzes in die öffentliche Diskussion zu bringen. Uns geht es dabei um die gesetzliche Verankerung nichtkommerziellen lokalen Rundfunks, wie er vom Europaparlament vorgeschlagen wird und in einigen Bundesländern bereits durchgesetzt ist (Baden-Württemberg, Niedersachsen). Dieses Modell sieht eine Finanzierung aus Rundfunkgebühren sowie aus Abgaben der Privatsender vor.

Die derzeitige Rundfunklandschaft wird zunehmend von den Regeln des freien Marktes bestimmt. Neue kommerzielle Privatsender haben fast keine Chance mehr auf diesem Markt Fuß zu fassen, weil der Werbekuchen bereits verteilt ist; der öffentlich-rechtliche Rundfunk gerät immer mehr in Legitimierungsdruck (Diskussion um die Abschaffung des 1.Fernsehprogramms). Die Landesmedienanstalt hat bereits angedeutet, daß sie keine weiteren kommerziellen Privatsender lizensieren will. Möglicherweise gibt es eine größere Offenheit gegenüber nichtkommerziellen /alternativen Modellen.
Die derzeit einzige Form nichtkommerziellen Rundfunks in Berlin ist der Offene Kanal. Dieser feiert dieses Jahr sein 10-jähriges Jubiläum bei sehr geringer Hörerakzeptanz. Unserer Analyse nach resultiert diese aus fehlender Strukturierung und mangelnder sozio-kultureller Verankerung sowie ausschließlicher Verbreitung über das Berliner Kabelnetz. Aus dieser Situation heraus ist der Offene Kanal Berlin mit dem Landesverband Freier Radios in Verhandlung über eine gemeinsame Nutzung einer zusammen möglicherweise durchsetzbaren Antennenfrequenz getreten. Für uns ist die Voraussetzung für eine Zusammenarbeit ein Autonomiestatus der im Landesverband organisierten Gruppen.

Wir gehen davon aus, das ein Berliner Radio mit einer Mischvariante eine reelle Chance hat. Dem muß allerdings, wie schon erwähnt, eine Änderung des Landesmediengesetzes/Rundfunkstaatsvertrag BerlinBrandenburg vorangehen. Verbale Zustimmung von Parteienseite ist allerdings bisher nur von den Grünen und der PDS gekommen.
Die innere Organisationsstruktur stellen wir uns, ähnlich Freiburg und Zürich, nach einem halbwegs basisdemokratischen Konzept vor. Verschiedene Gremien, wie z.B. die Redaktionskonferenz, die mit Vertretern der verschiedenen Gruppen und Redaktionen besetzt sind regeln die wichtigsten organisatorischen Fragen. Einige zeitlich begrenzte, bezahlte Stellen sichern die Aufrechterhaltung des Sendebetriebs bzw. der technischen Abläufe. Ansonsten werden grundlegende Fragen auf den Mitgliederversammlungen des Vereins geklärt. Inhaltliche Zensur ,außer bei heftigen rassistischen oder sexistischen Ausfällen in den Sendungen, können wir uns nicht vorstellen. Im Gegenteil hoffen wir eigentlich auf heftige Diskussionen.
Bei halbwegs realistischer Einschätzung ist nicht davon auszugehen, das es vor '97/98 eine Frequenz für Freies Radio (wie es dann auch immer aussehen mag) geben wird. Um die Zwischenzeit zu nutzen, haben wir uns in Verhandlung mit dem Offenen Kanal Berlin, zwecks Einrichtung eines täglich 4stündigen Fensters unter der Voraussetzung eines terrestrischen Sendebetriebs, begeben. Die Chancen stehen gar nicht mal so schlecht. Ende Juni wird es dazu eine vom Landesverband Freier Radios und dem Offenen Kanal Berlin einberufene Fachtagung geben. Die technischen Voraussetzungen unsererseits sind jedenfalls da. Unser technischer Trägerverein verfügt über mehrere Studios des ehemaligen DDR-Rundfunks sowie über die notwendigen Räumlichkeiten. Ab dem Sommer werden wir eine Art Testphase im Kabel beginnen. Wenn alles klappt sind wir (ihr vielleicht auch) dann Montags ab 20Uhr, 4Stunden lang auf dem OK zu hören. Wenn ihr also Bock habt meldet Euch!

SEK KNÜPPELT IN DER KREUTZIGER STRAßE
ODER
DIE GESCHICHTE EINES TRANSPIS

Nachdem über mehrere Monate hinweg ein Transparent mit dem ERNK-Stern und der Aufschrift: "Stoppt den Völkermord in Kurdistan" über der Kreuziger Straße hing, kam Ende April die Aufforderung von den Bullen, daß dieses Transparent "freiwillig" entfernt werden soll andernfalls müßte Gewalt angewandt werden. Verhandlungen mit den Bullen führten dazu daß das Transpi zwar abgehängt, aber nicht ausgehändigt wurde.

Seitdem kam es immer wieder zu provokanten Polizeieinsätzen, die sich nur auf die Kreutziger Straße beschränkten, bei denen es vorrangig um das Entfernen von Plakaten zum Thema Kurdistan ging.
Am 18.7.95 rückten dann LKA und Staatsschutz mit äußerster Brutalität wegen diesem Transparent in die Wohnung einer Person ein. (Siehe: "Erneuter Schlag ins Wasser")

Heute morgen (6.9.95 um 4.30h), stürmten nun SEK Bullen das Haus auf der anderen Straßenseite. Bei diesem ungerechtfertigt brutalem Einsatz wurden mehrere Personen zusammengeschlagen und deren Wohnungen verwüstet. Ein großes Polizeiaufgebot mit Räumpanzern und Wasserwerfern verdeutlichen den provokanten Charakter dieser Aktion.
Polizeieinsätze dieser Art sind in der Kreutziger Straße keine Seltenheit:

So wurde Anfang August die Bodenuntersuchung in der Baulücke Kreutziger 20 (unser Karibuni) unter extremen Bullenschutz durchgeführt, wobei immer wieder mit Räumung gedroht wurde.
Im Gegensatz dazu hielten sie sich letzte Woche bei einem Angriff von ca. 30 Faschos und deren Fußvolk, gegen die Bewohner der Kreutzigerstraße, auffallend zurück. Offensichtlicher können die Bullen ihre Absichten und Ziele nicht mehr zeigen!

Wir lassen uns unseren Lebensraum nicht nehmen! Wir werden auch weiterhin sagen, denken und tun was wir für richtig halten.!
Ihre Repressionen bringen uns nicht zum schweigen!

KURZE STELLUNGNAHME ZUM TEXT : "BEKANNTMACHUNG VON VERGEWALTIGERVERTEIDIGERN; GESCHICHTEN AUS DEM PATRIARCHALEN "NORMALZUSTAND""

(aus INTERIM Nr.343)

Der EA wird in diesem Text aufgefordert, eine "öffentliche Diskussion über ihre bisherige antifeministische Praxis" zu führen und "eine konsequente parteiliche Praxis für Frauen" durchzusetzen. "dh. keine AnwältInnen vermitteln, die weiterhin Sexisten/Vergewaltiger verteidigen (dies soll für Frauen/Lesben überprüfbar sein)" Wir werden baldmöglichst eine genauere Darstellung unserer Position zu diesem Thema veröffentlichen. Zur der im Text von den revolutionären Feministinnen vertretenen politischen Einschätzung werden wir als gemischtes Projekt keine Stellung beziehen. In dieser Stellungnahme von uns soll es nur kurz um die Richtigstellung einiger im Text benannten und von uns überprüfbaren Behauptungen gehen. Vorweg ist zu sagen, daß es den EA als Szene-"Institution" zwar nun schon seit fast 15 Jahren gibt, die Frauen und Männer, die in ihm arbeiten aber durchaus wechseln. Entsprechend müssen bestimmte Diskussionen immer wieder geführt werden und Einschätzungen und politische Positionen können sich mit wechselnder Besetzung ebenfalls verändern. So differenziert sollte die Geschichte des EA denn auch gesehen werden.
Nun zu konkreten Textstellen:
"Der EA (T.H. sitzt auch drin) hat entgegen seines Beschlusses von vor einigen Jahren mittlerweile eine Liste mit Anwältinnen und Anwälten, die "korrekt" sind und solchen (mit Sternchen versehen), die Vergewaltiger/Sexisten verteidigen, die der EA an Frauen/Männer vermittelt, falls sie Verteidigung benötigen. "Fairerweise werden diese bei der Vermittlung informiert, ob sie es mit einem Täterschützer zu tun haben oder nicht."
1. sitzt Thomas Herzog nicht im EA
2. ist die "Sternchen-Praxis" nicht entgegen eines Beschlusses von vor einigen Jahren, sondern der in der damaligen Diskussion entwickelte Kompromiß. Diese Diskussionen bezogen sich übrigens bisher, soweit uns bekannt ist, immer nur auf die Verteidigung in Vergewaltigungsprozessen. Eure Forderung, Vergewaltiger auch in anderen Verfahren nicht zu verteidigen, ist von daher neu zu diskutieren.
3. ist der Rückschluß, die ohne Sternchen versehenen AnwältInnen seien "korrekt", wie euch mitgeteilt wurde unzulässig. Zumindest traut sich keineR im EA eine solche Bewertung/"Garantie" zu.
Richtig ist, daß Felicitas Selig und Matthias Zieger, als einzige mit Sternchen versehen, noch auf unserer AnwältInnen-Liste stehen. Daraus abzuleiten, der EA arbeite mit Täterschützer/innen zusammen, ist etwas hochgegriffen. Die konkrete Zusammenarbeit beschränkt sich auf den Fakt, daß sie auf der Liste stehen. In der Praxis gibt es keinen persönlichen Kontakt zu ihnen, aktiv empfohlen werden sie schon lange nicht mehr. Um so krasser lesen sich eure aus diesem Fakt abgeleiteten Folgeschlüsse, nämlich daß wir deswegen Partei gegen die vergewaltigten Frauen/Mädchen und für den Vergewaltiger und seine Taten ergreifen würden. Das tun wir nicht! (An dieser Stelle bedanken sich vor allem die EA-Frauen für die Genauigkeit der Auseinandersetzung. Uns kurzerhand der anderen Seite zuzuschlagen, wird weder unserem feministischen Selbstverständnis noch unserer politischen Praxis gerecht. Wir müssen euch leider mitteilen, daß ihr den Feind hier an der falschen Stelle ausgemacht habt. Wir lassen uns nicht so einfach per Definition negieren!) Bleibt noch zu sagen, daß wir hoffen, daß der Rest des Textes besser rescherschiert ist als die Passagen zum EA.

Die EAlerInnen

Aus technischen Gründen gekürzt, Sorry

Vorbereitungstreffen zur 6. Moabiter Antifademo
Wie bisher steht sie im Gedenken an die Progromnacht vom 9. Nov.1938 unter den Motto "Kein Vergeben - Kein Vergessen - Wir greifen ein". Auch diesmal soll sie keine reine Gedenkveranstaltung sein, sondern inhaltlich eine Brücke schlagen zwischen antifaschistischen Widerstand damals und heute.
Das Treffen ist am 26.9.95 um 19 Uhr in den Räumen der ARI, Yorckstraße59 3. Og. Themen: Demoaufruf, Mobilisierung, Demobeiträge



SOLIDISCO FÜR

WERNER, ANDREAS, RALF, RAINER, ULF, THOMAS, PETER U. BERNHARD

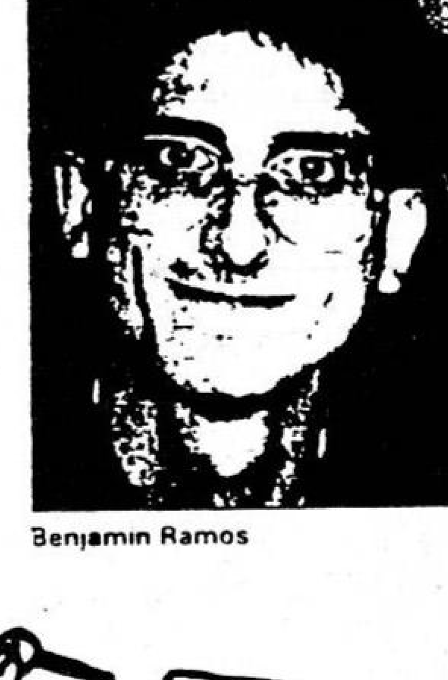
FR. 22.9. AB 21⁰⁰ IM K.O.B.

POTSDAMERSTR. 157 SCHÖNEBERG

FREIHEIT FÜR

Benjamin Ramos Vega !

VERHINDERT DIE AUSLIEFERUNG NACH SPANIEN !



Benjamin Ramos

Benjamin sitzt in Berlin seit Januar 1995 totalisoliert in Auslieferungshaft. Ihm wird die Mitgliedschaft in der ETA vorgeworfen. Alle ihn belastenden Ausagen sind unter Folter in spanischen Gefängnissen unter Folter erpresst worden. Das Auswärtige Amt leugnet Folterpraxis in spanischen Gefängnissen, trotz Gutachten der UN-Menschenerchtskomission und amnesty international. **Ab dem 21.9.1995 ist Benjamin akut von Auslieferung bedroht. Benjamin braucht unsere Solidarität !**



SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG

TOMMY WEIẞBECKER HAUS; WILHELMSTR 9 , U-HALLERSCHES TOR

DONNERSTAG, 21. SEPT ´95, 19:00 UHR

* FILM ÜBER BENJAMIN
* AKTUELLER BERICHT ZU BENJAMINS AUSLIEFERUNGSVERFAHREN
* DISKUSSION ÜBER PRAKTISCHE MÖGLICHKEITEN UNSERES WIDERSTANDES GEGEN SEINE AUSLIEFERUNG

Solidaritätskommitee *Benjamin Ramos Vega*, Rote Hilfe Berlin

Gorleben STOP! Alle AKWs abschalten

Malefiz

Der Salzstock ist im Eimer – die Atomkraft ist im Eimer!

am 24. 9.

um 7 vor 12 h

Fr. 22.9. SOLIDISCO im K.O.B.

LESBENWOCHE 1995

Vorbereitungstreffen am Fr., 22.9.
und am Do., 28.9.
um 19h im ♀⚢- Raum im Mehringhof,
Gneisenaustr. 2a, (U) Mehringdamm

HELFERINNENTREFFEN am Mo., 25.9.
um 19h im ♀⚢- Raum, s.o.

Wenn ihr Schlafplätze anbieten wollt für die Lesbenwoche (2.-7.10.), bitte ruft an bei: 294 76 88



BENEFIZ - KONZERT

Niedergeknüppelt - aber nicht vergessen !
(B. Brecht)

Am 25.Mai 1995 wurde Peter T. am Stausee Oberwald bei Hohenstein - Ernstthal von Rechtsradikalen ermordet.

Der 24-jährige, der eine Frau und ein wenige Wochen altes Kind hinterläßt, wollte mit einigen Freunden nur "Männertag" feiern.

Die Einnahmen des Konzertes und Spenden sollen den Hinterbliebenen zukommen !

Es beteiligen sich :

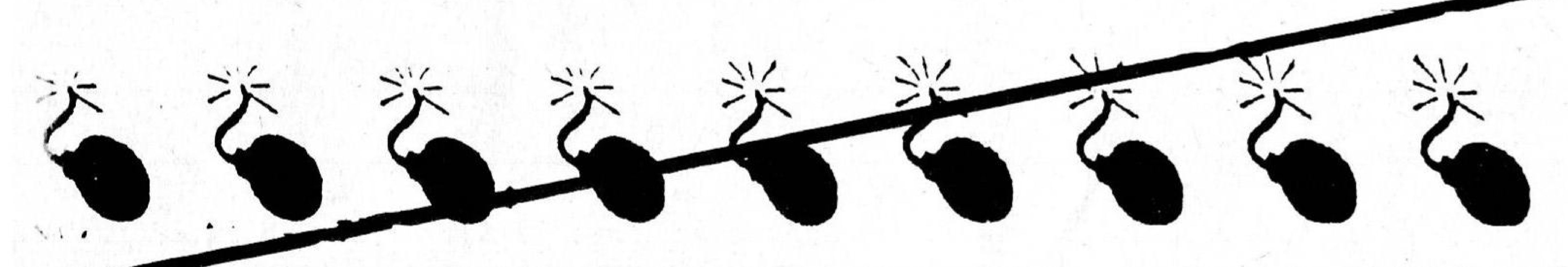
DIRTY SPOONS
ELEKTRIC ELK
UP IN ARMS
STAND AS ONE
SOULFIRE
FREEBIRD
RUTHLESS
COB WEB
BANDS AUS BERLIN
SULKY CHILD
BFC
ACRID
ABK

u.v.a.m.



Wann : Samstag 23. September
Wo : Badewiese des Stausee Oberwald
Beginn : 15.⁰⁰ Uhr
Unkostenbeitrag: 10,- DM

Mo. 25.9. Film: "Der unsichtbare Aufstand" im K.O.B.



Verratet Euere Träume nicht
Aufbruch Anfang der 80er Jahre und ihr Ende

Videocollage auf Großleinwand

Anfang der 80er Jahren waren in Berlin einige 100 Häuser instandbesetzt. Aus allen menschlichen Lebensäußerungen strömten creative Lebens- und Arbeitsexperimente. Aber nicht nur Berlin, auch Amsterdam, Zürich, Kopenhagen u.a.m. lebten fast in einem Rausch des Machbaren des Unmöglichen.
Durch brutalste Repression und Integration konnte der Großteil der Gesellschaft und allen voran die Staatsgewalt die Menschen und ihre Träume brechen.
Trotzdem sollte mensch sich erinnern, daß mehr möglich ist, wie das was heute als Realität uns bestimmt.

Dienstag, 26.09. um 19.00

Samba, Samba
Was geschah eigentlich 1980-84?

Videofilm auf Großleinwand

Woher kam die aufmüpfige Stimmung einem größeren Teil der Bevölkerung, die eigentlich bisher nicht sehr viel Gemeinsamkeiten im Widerstand hatten. Was hatte die Friedensbewegung gegen Raketenstationierung, die Anti-AKW Bewegung, die Instandbesetzungen der antifaschistische Kampf und viele andere Widerstandsbewegungen den gemeinsam? Was hat es damals bewirkt, das 500.000 Menschen auf die Straßen gingen?
Der Film zeigt ein Stück linker Spaß- und Widerstandsgeschichte auf.

Dienstag, 26.09. um 21.00

El Locco,
Kreuzbergstr. 43,
10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

26.9.1995 20 Uhr

Video

"Beruf Neonazi"

mit Bericht vom aktuellen Prozeß in Berlin und seinen Hintergründen und anschließender Diskussion.



AKTIONSBÜNDNIS W.B.A./BLUP

co/ BAOBAB Infoladen
Winsstraße 53
10405 Berlin
TeleFax: 442 61 74

Speki,Oberspeki oder absoluter Totalitarismus, so ähnlich oder wie als auch könnte der **Titel** folgender Mitteilung lauten.

Berlin, den 17.09.95

Scientology;
eine Farce, ein Alptraum, ein Neuling?

Wohl kaum, denn betrachtet Mensch,welcher in einem Scheißsysthem,daß in dieser Bananenenrepublik täglich praktiziert wird und das nun nicht nur auf die" Totale" (Versicherung in der Gesamtheit)zielt lebt, gegen eine Gülle welche schlicht und einfach alle Ihre Erfolge nur auf dem Rücken jener, "die ja bekanntlich nichts außer Ihrer eignenden Interessen wahrnemen" zielt, um Sie schlicht und einfach für Ihre eigenen Ideale zu mißbrauchen.

Nichts desto Trotz,
sieht sich das Aktionsbüdnis W.B.A./BlUp dazu veranlaßt, vielleicht eben gerade aus obig bezeichnetem Grunde all seinen KritikerInnen innerhalb der sogenannten parlamentarischen Parteien (quer Beet durch alle Fraktionen), offensiv entgegenzutreten indem wir im Rahmen unserer Möglichkeiten gegen eine der weltweit bestens organisierten "Syndikate" vorgehen.

Auf die MitbewohnerInnen innnerhalb des Kiezes der 10405 des Prenzl`berges können wir uns in der Sache mittlerweile vollkommen verlassen.

Aus diesem Grunde fühlen wir uns derzeit auch stark genug ,
Mittwoch, den 27.09.95 ,um 20°° Uhr
im PAK in der Kollwitzstraße 66 ,

SCIENTOLOGY,
maßzunehmen nach allen Regeln der Kunst, um somit ein Spekikonsortium weniger am Prenzlauer Berg zu haben.



Wilhelmstraße 9
10963 Berlin
Tel / Fax 030-2518539
U Hallesches Tor

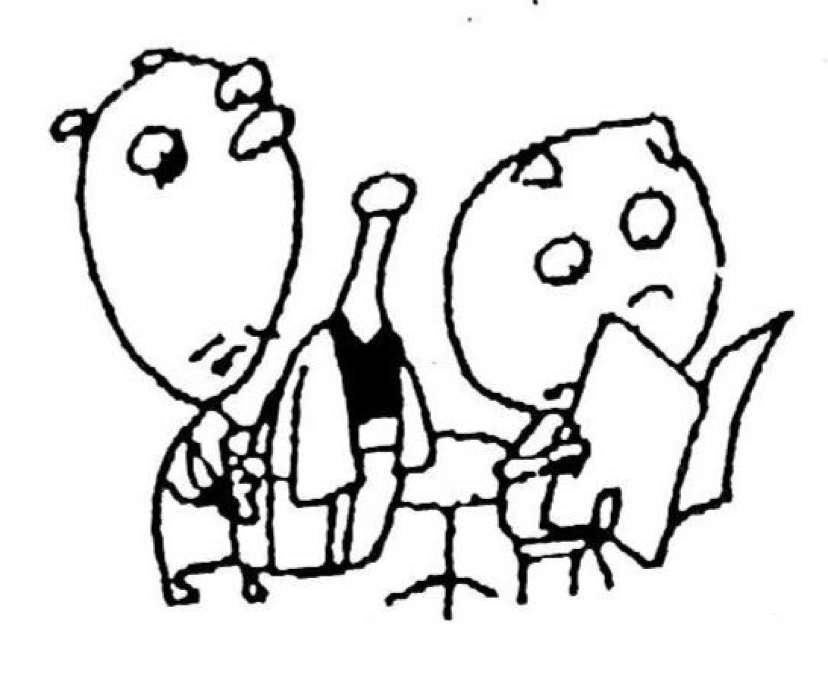
KIEZKÜCHE IM WEIßBECKER-HAUS
MO-DO 18-22 Uhr
FILME:. 26.+27.SEPT 20 Uhr
"Romper el cerrco"
Guatemala 1994
Flüchtlinge eines verdeckten Krieges 60 min
Video-Großbild 3+3m

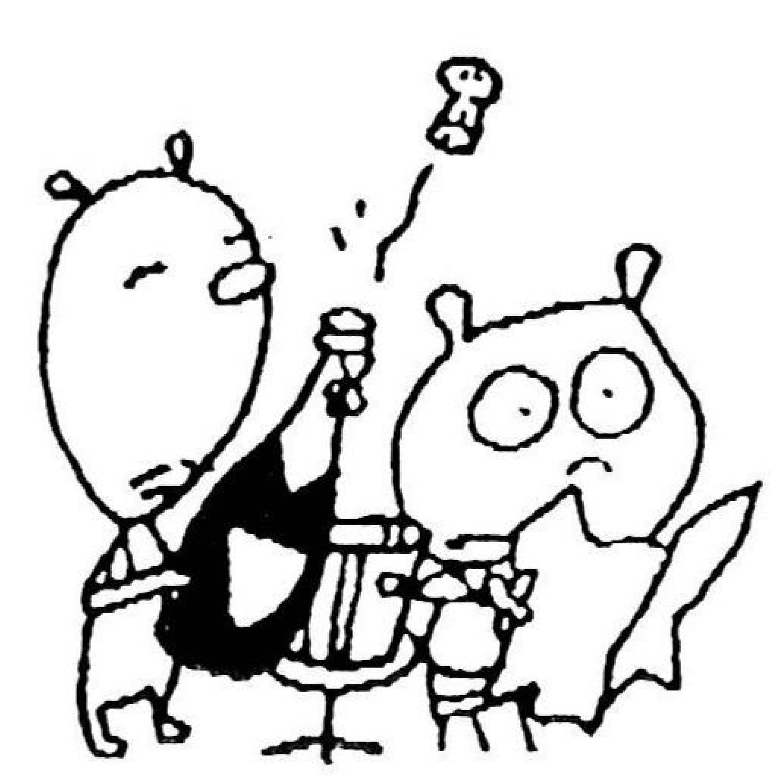
Do. 28.9. Film: "Kurdistan, der Krieg geht weiter" BRD 91
und "Leyla Zana - Abgeordnete im türk. Parlament"
im K.O.B.

Fotoausstellung zu Kurdistan vom 15.9. - 30.9. im K.O.B.

Sa. 23.9. Buchvorstellung: Boxcar Bertha
um 19 Uhr im El Locco, Kreuzbergstr. 43

Autobiografie einer lebenshungrigen Hobo-Frau, die auf Güterwagen quer durch das Amerika der dreißiger Jahre zieht. Ihre Lebens- und Liebesgeschichten zeichnen ein atemberaubendes Panoptikum von Land und Menschen zwischen Weltwirtschaftskrise und Prohibition: Hoboakademien und AnarchistInnenkolonien, Obdachlosenquartiere, Hungermärsche, Bordelle in Chicago, Gefängnisse, aufrüttelnde Versammlungen von FreidenkerInnen und RevolutionärInnen. Ben L. Reitman, "König der Hobos" und anarchistischer Arzt, schrieb den Bericht Bertas auf, die "treu" nur ihrer eigenen Maxime blieb: Was ich nicht selbst erlebt habe, kenne ich nicht.

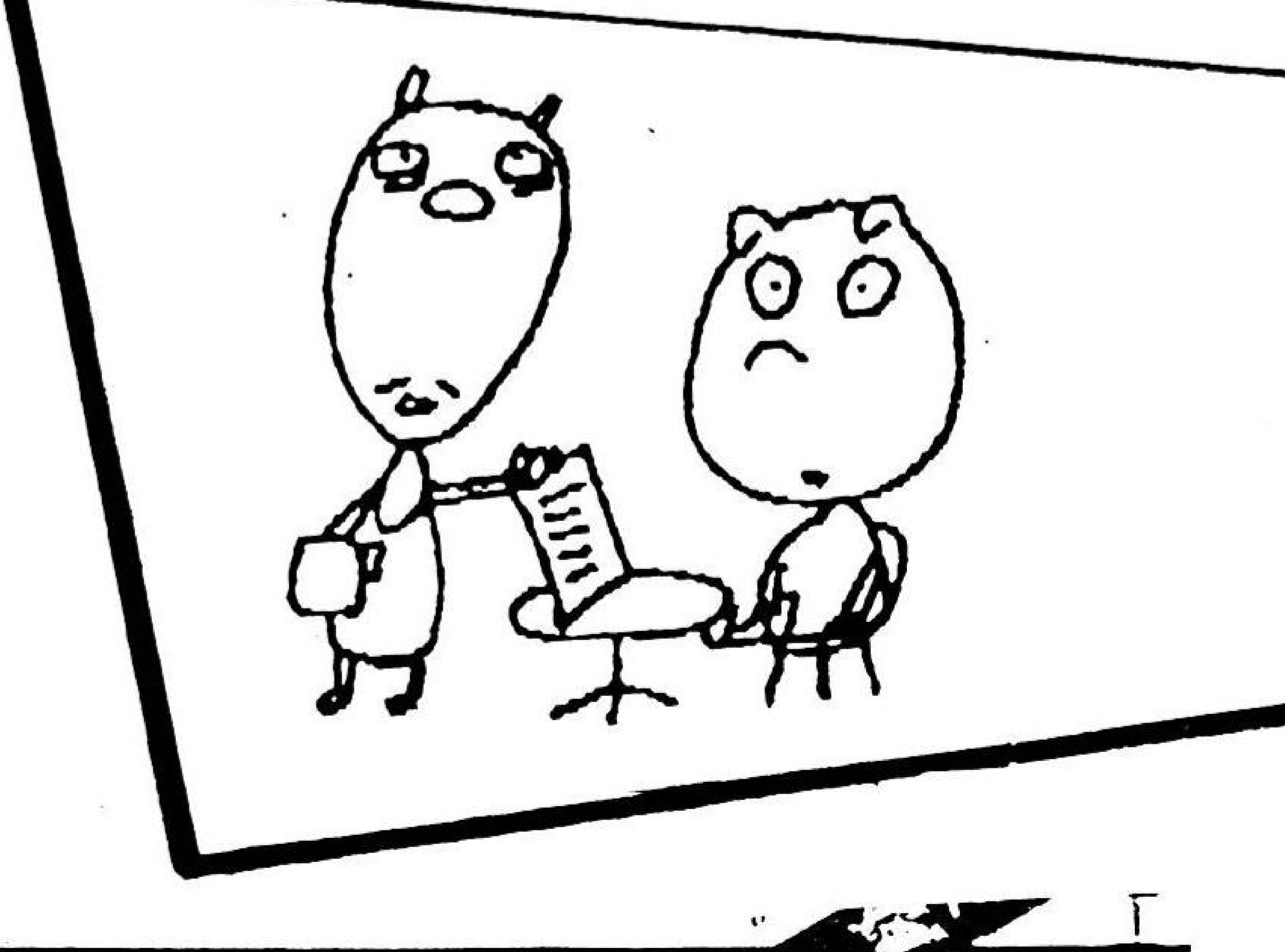




Wenn Du in mein Dorf fährst - dann grüß mir das Meer

Video, BRD 1993, 35min., von Karin Redlich und Gabriele Mauch
Geschichten palästinensischer Frauen, die in Zusammenarbeit mit dem "Treffpunkt für arabische Frauen - Al Nadi" aufgezeichnet wurden.
In unserem Video geht es um Heimat, Flucht und Krieg und darum, was es bedeutet, als Flüchtling in Deutschland zu leben. Zwei arabische Frauen erzählen aus ihrem Leben - ein Leben das bestimmt ist durch weltpolitische Zusammenhänge, durch Vertreibung und Neuanfang. Sie erzählen die Geschichte der Palästinenser aus ihrer Sicht.
Ein Abend mit den Filmemacherinnen.

Mi. 27.09. um 20.30 Uhr



Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin
El Locco
OFFEN: DI - SA 17°° - 24°° / SO 15°° - 24°° Uhr

INTERNATIOAL MEETING AGAINST UNEMPLOYMENT AND POVERTY

MIĘDZYNARODOWE SPOTKANIE PRZECIWKO BEZROBOCIU I BIEDOCIE

INTERNATIONALE SAMENKOMST MOD ARBEITSLØSHED OG FATTIGDOM

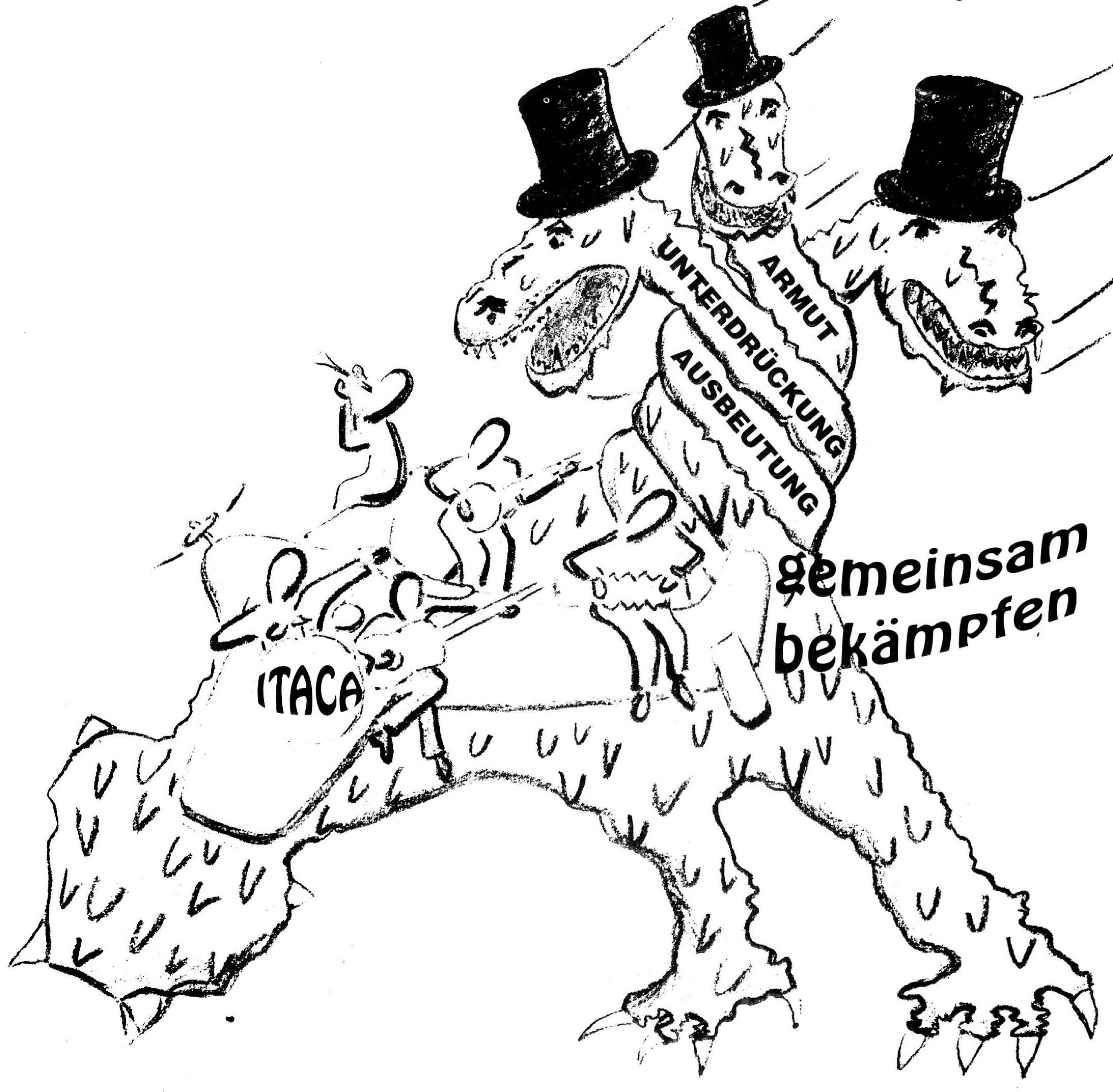
INCONTRO INTERNAZIONALE CONTRO LA DISUNPAZIONE E LA POVERTÀ

RENCONTRE INTERNATIONALE CONTRE CHÔMAGE ET PAUVRETÉ

ULUSLARARASI IŞSIZLER RE FAKIRLER TOPLANTISI

ENCUENTRO INTENACIONAL CONTRA EL PARÓ Y LA POBREZA

Solidarität kennt keine Grenzen!



INTERNATIONALES TREFFEN GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT UND ARMUT

KULTUR & KONGRESS

5.-8.10.1995

UNIVERSITÄT / HAMBURG